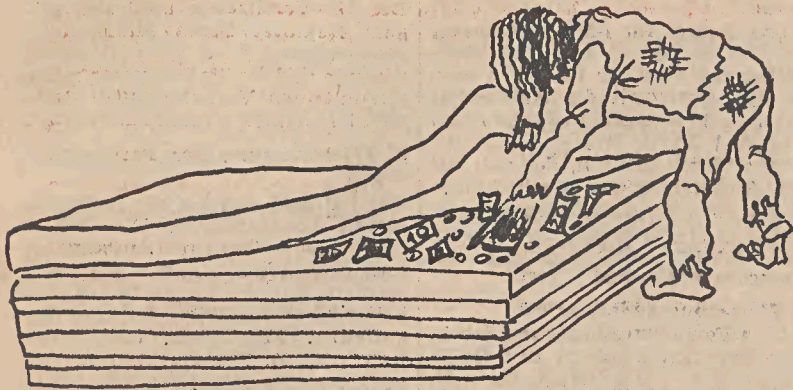




Nein zum BAFöG



Spare in der Not! Das BAFöG kommt bestimmt!

9. 6.

1971



10 Pf

Nr. 79

bochumer studenten zeitung
universität bochum u. klinikum essen

Bundesregierung und BSU/RCDS gegen eine vds-Finanzierung

Der Verband deutscher Studentenschaften (vds) hat nach kurzzeitiger Krise seine frühere Autorität wiedergewonnen. Die Mitgliederversammlungen in Marburg (1970) und Bonn (1971) haben entscheidend dazu beigetragen. Der vds hat insbesondere die Aufgabe, die Kommunikation zwischen den lokalen Studentenschaften zu fördern (über Projektbereiche, ASTen-Konferenzen) und durch Herausgabe von Materialien zu hochschulpolitischen Fragen die Informationsbeschaffung zu erleichtern.

Die Regierung der Großen Koalition hatte seinerzeit die Finanzierung des vds aus Bundesmitteln gestoppt, als rechte Studentengruppen (BSU, RCDS) einen eigenen Dachverband gründeten (ADS). Fortan wurde dieser Verband finanziell gefördert; er bedankte sich dafür mit braven regierungstreuen Meinungsäußerungen zu hochschulpolitischen Problemen.

Dieser Verband bestand jedoch nur aus Funktionären und vertrat keine Studenten, sondern sich selbst; inzwischen haben sich diese Funktionäre Pöschchen erjagt (zuletzt Chr. Ehmann beim Medienstudium), die ein weiteres Auftreten auf hochschulpolitischer Bühne überflüssig machen. Als im Laufe des letzten Jahres auch die wenigen ADS-treuen Studentenschaften diese Art von Interessenvertretung durchschauten und sich wieder dem vds zuwandten, löste sich die ADS selbst auf und wollte „als Gruppe“ dem vds beitreten.

Der vds ist nun auch nominell wieder der einzige studentische Dachverband. Über 300 000 Studenten aus mehr als 70 Hochschulen gehören ihm an. Den rechten Studentengruppen und der Bundesregierung paßt jedoch die ganze Richtung nicht. Vereint versuchen sie deshalb, den vds durch Abstreifen der Geldhähne mundtot zu machen. Seit mehreren Monaten stand der vds-Vorstand mit dem Bundesfamilienministerium im Gespräch. Helle Empörung, auch in der liberalen Presse, erregte das Vorgehen des zuständigen Staatssekretärs Westphal, der bereits vor dem als „entscheidend“ apostrophierten Gespräch mit dem vds-Vorstand eine Kabinettsvorlage erstellt hatte, in der eine Wiederfinanzierung abgelehnt wurde! Einer der ministeriellen Gesprächspartner erklärte, schon Begriffe wie „Arbeiterklasse“ oder „Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse“ hätten etwas Totalitäres, eine Wiederfinanzierung komme deshalb nicht in Frage. Fast gleichzeitig leisteten BSU und RCDS ihren Beitrag zum Geldgeschäfft. Auf ihren Antrag

hin wurde den ASTen der Unis Köln und Bonn sowie der PH Rheinland per einstweiliger Anordnung untersagt, Gelder an den vds abzuführen. Offensichtlich konnten diese Gruppen nicht verhindern, daß es nun auch an diesen Universitäten, die früher rechte Hochburgen waren, linke ASTen gibt. Sie scheuen deshalb auch vor juristischen Schritten nicht zurück, um die Position einer ihnen nicht genehmen verfaßten Studentenschaft zu untergraben. Sie arbeiten damit den Bestrebungen der Kultusbürokratie in die Hände, den Studenten ihre Eigenfinanzierung zu verwehren. In Berlin gibt es bereits keine ASTen mehr. Das Hochschulrahmengesetz enthält eine Formulierung, nach der die Studentenschaft sich nicht selbst unterhalten darf, sondern, sofern sie brav ist, aus staatlichen Töpfen finanziert werden soll.

Und diese Gruppen bewerben sich Jahr für Jahr um studentische Wählerstimmen! In Bochum gab es vor zwei Jahren schon einmal einen Versuch von seiten des RCDS, sogar die Abführung von studentischen Beiträgen für den ASTA gerichtlich zu unterbinden. Damals durchschauten die Studenten das miese Spiel und erteilten solchen Praktiken eine Abfuhr.

Der vds wird trotz dieser finanziellen Erpressungsversuche seine Arbeit unbeirrt fortsetzen. Immer mehr Verbände solidarisieren sich mit ihm. Zuletzt forderte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) auf ihrem Bundeskongreß die Wiederaufnahme der Förderung. Dieses Ziel kann jedoch nur durch massiven Druck von seiten der Studenten erreicht werden. Nur wenn alle Studenten, die durch ihre Wahlstimmen linke ASTen und einen linken vds unterstützen, wird sich die Bundesregierung zur Revision ihres Beschlusses gezwungen sehen; jene Regierung, die es wegen des militanten Auftretens der Rechten nicht wagt, die Förderung rechtsradikaler Organisationen wie z. B. der Deutschen Jugend des Ostens einzustellen.

Wenn das BAFöG so in Kraft tritt, wie im letzten Entwurf vorgesehen, so hat das für Honnef schwerwiegende Konsequenzen. Alle Honnef-Geförderten müssen schlimmstenfalls damit rechnen, daß sie für 3 — 4 Monate kein Geld mehr bekommen. Ein großer Teil der Honnef-Stipendiaten, nämlich alle Darlehensempfänger (Zusatz- und Bürgschaftsdarlehen) haben überhaupt keinen Pfennig mehr zu erwarten (in Bochum ca. 700 Studenten). Verheiratete Studenten werden Einbußen bis zu DM 200,— hinnehmen müssen, Waisen bekommen bis zu 130,— DM weniger, Familien mit weniger als 3 Kindern werden generell schlechter gestellt, Freibeträge werden gesenkt, im einzelnen sind viele weitere materielle Verschlechterungen festzustellen.

Während gegen die finanziellen Bestimmungen innerhalb der Regierung und der SPD Stimmen laut geworden sind — wodurch sich die Verabschiedung möglicherweise hinauszögern wird — wird die politische Stoßrichtung des Ge-

setzes in der Öffentlichkeit kaum diskutiert. Das BAFöG ist zu verstehen als flankierende Maßnahme zu dem HRG

und den Hochschulgesetzen. Nach der Hochschulformierung folgt die Formierung der Förderung. Die Mitbestimmung über die Vergabe der Stipendien wird zerschlagen, Eignungsprüfungen obligatorisch gemacht, die Entscheidungsbefugnis staatlichen Ämtern gegeben, was eine Berücksichtigung von einzelnen Härtefällen oder individuellen Schwierigkeiten unmöglich macht. Für

Auf vollen Touren gegen Wissenschaftsrat

Wenn die verbleibenden vierzehn Tage gut genutzt werden, steht zu erwarten, daß Studenten und Assistenten an der RUB wohl gerüstet den Wissenschaftsrat empfangen können. Der Aktionsrat hat ein Flugblatt für die gesamte Universität erstellt, das zur Mitarbeit bei der Vorbereitung des Besuchs aufruft. Vor dem Universitätsparlament berichtete der Rektor über die Vorkommnisse bei der Unterrichtung der Universitäts-Öffentlichkeit über den wichtigen Besuch.

Gegenstand der Vorbereitungen sind die fachspezifischen Fragen des Wissenschaftsrats (vgl. BSZ Nr. 77, 78) und seine Vorstellungen zur „Struktur“ der einzelnen Fächer, nachzulesen in den dreibändigen Empfehlungen des Wissenschaftsrats aus dem Jahre 1970. Der ASTA ist in der Lage, allen Fachschaften die drei Bände zur Verfügung zu stellen. In einigen Fachschaften ist die Arbeit bereits voll angelaufen, zum Teil gemeinsam mit der Fach-Assistentenschaft, die anderen Fachschaften werden in diesen Tagen nachziehen. Inzwischen sind auch die ersten Stellungnahmen von Fa-

kultäten und Dekanen zum Fragenkatalog bekanntgeworden, insbesondere aus dem naturwissenschaftlichen Bereich.

Ein kurzer Blick auf diese Antworten zeigt bereits, daß die Dekane teilweise dem Wissenschaftsrat in die Hände gearbeitet haben!

Vor dem UP stand der Rektor Rede und Antwort zum Besuch. Auch nach seinem mühseligen Versuch, sein Vorgehen zu rechtfertigen, bleibt die Frage offen, warum die Fakultäten und Dekane ausführlich von den Intentionen der Besucher in Kenntnis gesetzt wurden, nicht aber die universitätszentralen Gremien, in denen auch Assistenten und Studenten vertreten sind. In einer seiner nächsten Sitzungen will sich das UP ausführlich mit der Informationspolitik des Rektorats beschäftigen.

Das Verhalten des Rektors wird erklärlich, wenn man sich die Vorbereitung des Wissenschaftsrats-Besuchs an anderen Universitäten betrachtet: dort haben die Studenten zum Teil erst vom Besuch Kenntnis erhalten, als er bereits vorbei war!

Offensichtlich hat der Wissenschaftsrat die Direktive ausgegeben, ihn möglichst ohne Aufsehen zu empfangen. Schließlich vertritt das Vorhaben des Wissenschaftsrats keine öffentliche Erörterung.

„Auf diesen Freispruch pfeife ich. Der kann Euch nicht retten. Die Zeiten, zu denen man Sozialisten ungestraft ins Zuchthaus schicken konnte, sind endgültig vorbei. Das betrifft nicht die Geschworenen, die nicht durchblicken können, aber die anderen — und die werden dafür gerade stehen müssen.“

Rechtsanwalt Mahler nach der Verkündung seines Freispruchs



Die Reaktion des Studenten Hans P. (23), ledig, als er Einzelheiten über das BAFöG erfuhr.

die geförderten Studenten bedeutet das ein noch komplizierteres Antragsverfahren, Herumschlagen mit universitätsfernen statutengläubigen Bürokraten, enormer Leistungsdruck bei weniger Geld.

Gegen dieses Gesetz haben sich die Hochschul-ASTen vom NRW zur gemeinsamen Aktion zusammengeschlossen und ein ausführliches Info („Der große Betrug“) erarbeitet. Es wird seit Anfang der Woche in ganz NRW verteilt. Lest dieses Info als Vorbereitung auf das ASTA-teach-in am Dienstag, 15. 6., 14.30 Uhr, in HZO 20. Dort wird

Herr Melchers, Leiter des Bochumer Akafö, über die einzelnen Auswirkungen des BAFöG sprechen. Lothar Kurz (Projektbereichssekretär im PB „Soziales“ vom vds) wird zum politischen Hintergrund und der Entwicklung der Gesetzesentwürfe Stellung nehmen. Lothar Kurz hat den vds auf den Hearings zum BAFöG in Bonn vertreten.

Das Ausbildungsförderungsgesetz kann uns nicht gleichgültig sein. Kommt deshalb zum teach-in am Dienstag, 15. 6., 14.30 Uhr, HZO 20! Arbeitet mit in der Projektgruppe BAFöG!



Das UP bestätigte die vom Rektor vorgeschlagenen Vertreter der Universität, benannte aber seinerseits noch einige Assistenten und Studenten, darunter auch Mitglieder des ASTA. Wir haben uns bereiterklärt, bei dem Empfang teilzunehmen. Dabei sei folgendes klargestellt:

Wir haben nicht die Illusion, daß durch paritätische Vertretung von Assistenten und Studenten die Tendenz der Antworten der Universität grundlegend geändert werden könnte. Zahlreiche schriftliche Antworten, die bereits eingegangen sind, entziehen sich unserer Kontrolle. Dennoch halten wir es für richtig, den Besuch unter größtmöglicher Anteilnahme der Öffentlichkeit ablaufen zu lassen und die studentischen Stellungnahmen, die in den Abteilungen erarbeitet werden, zu vertreten.

Inzwischen ist auch die Terminplanung von seiten des Aktionsrats fortgeschritten. Die Besuchswoche

beginnt mit einem gemeinsamen Treffen aller Assistenten und Studenten, die in den Abteilungen gearbeitet haben.

Am Dienstag, dem 22. 6., findet ein teach-in zur Bildungsplanung speziell zum Wissenschaftsrat statt. Das ehemalige vds-Vorstandsmitglied, Gerd Köhler, wird das einführende Referat halten. Der Besuch selbst soll nach unseren Vorstellungen in einem großen Hörsaal empfangen werden, um möglichst vielen Universitätsangehörigen Gelegenheit zur Anteilnahme zu geben (23./24. 6. 71). Am Abend des 24. 6. findet ein teach-in zur Lehrerausbildung und die erste Vollversammlung des Projektbereichs als „strategische Alternative“ statt.

Erörtert die Vorstellungen des Wissenschaftsrats in Vorlesungen und Seminaren! Beteiligt Euch an der Vorbereitung des Besuchs! Kommt zu den genannten Veranstaltungen.

Es wird höchste Zeit...

denn viele Plätze sind schon ausgebucht!
Gute Buchungsmöglichkeiten bestehen noch für Liege-
wagenreisen nach Jugoslawien und Spanien.

USA-Flüge ab DM 345,-

an über 70 verschiedenen Terminen können noch
gebucht werden!

Studenten-Reisedienst Bochum

463 Bochum Ruhr-Universität
Lennershofstraße 66 — Telefon 71 39 80 / 70 14 57

Quo vadis, Fachschaft Germanistik?

Es gab einmal eine Zeit, da ging die Fachschaft Germanistik in der Studentenbewegung voran. Sie erkämpfte die Abschaffung der Zwischenprüfung, veranstaltete Studentische Seminare, bemühte sich als erste um Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Lehrerausbildung. Diese Zeiten sind leider vorbei.

ASTA und Projektbereich Lehrerausbildung gaben sich alle Mühe, den derzeitigen Fachschaftsvorstand zur Kooperation zu bewegen. Das Info 2 des Projektbereichs wurde sogar bis ins Fachschaftszimmer gebracht. Dort jedoch blieb es dann auch. Der Fachschaftsvorstand schaffte es in vierzehn Tagen nicht, die Infos zu verteilen! Das Flugblatt für das teach-in des Projektbereichs mußte die Alt-Funktionärin Jutta Netz in Zusammenarbeit mit dem Projektbereich erstellen. Die Verteilung jedoch scheint überhaupt nicht geklappt zu haben, denn zum Termin des teach-in erschienen gerade eine Handvoll Studenten! Ein Mitglied des Fachschaftsvorstands war nicht darunter! Offensichtlich hat sich der Fachschaftsvorstand völlig aus dem Bewußtsein der Studenten entfernt. Es ist unbegreiflich: ein so wichtiges Problem wie die Lehrerausbildung, das zudem die Germanisten aus manchen Gründen ganz besonders angeht, findet keine Resonanz.

Nun gibt es bei den Germanisten eine sogenannte Arbeitsgruppe des Spartakus. Man sollte erwarten, daß diese Arbeitsgruppe ihre Hauptaufgabe darin sieht, die Probleme der Germanistik-Studierenden aufzugreifen. Dem ist offensichtlich nicht so: zwar stellt diese Gruppe auch eines der Fachschafts-Vorstandsmitglieder; mit dieser „Delegation“ scheint sie jedoch ihre

Aufgabe erfüllt zu sehen (Ausnahme: Jutta Netz). Was nützen die schönsten Büchertische, wenn eine solche Arbeitsgruppe nicht in der Lage ist, die Fachschaftsarbeit zu unterstützen?

Die Probleme, die unerledigt sind, mehren sich: neben der Vernachlässigung der Lehrerausbildung seien noch einige erwähnt. Die sogenannte Sprecherziehung, für alle Germanistik-Studierenden nach wie vor obligatorisch, leidet an totaler Überfüllung (und nicht nur daran); der Fachschaftsraum ist halb so groß wie vor dem Umzug, obwohl sich das gesamte Institut erheblich ausgedehnt hat; bei den Fachschaftsvertreterkonferenzen dieses Semesters fehlte von den großen Fachschaften lediglich die Fachschaft Germanistik; die von den Romanisten initiierte Kooperation der Fachschaften der Abteilung V findet lediglich bei den Germanisten keinen Widerhall!

Der Projektbereich will seine Bemühungen, auch bei den Germanisten mit einer Arbeitsgruppe Fuß zu fassen, nicht aufgeben. Wir bitten alle Germanistik-Kommilitonen, denen die Zustände in der Fachschaft ebenfalls zuwider sind, sich im ASTA zu melden. Es sollte möglich sein, eine Initiativgruppe zu bilden, die sich insbesondere mit den Problemen der Lehrerausbildung beschäftigt und die daniederliegende Fachschaftsarbeit wiederbelebt.

Men like its
flavor Women
love its aroma

RUM
and
MAPLE
PIPE
MIXTURE

2.50

Gratismuster • PLANTA • Berlin 61

Wahrhaftige Bereicherung und Faschisten

— wie in abt. VI lehrstühle besetzt werden —

1. neubesetzung lehrstuhl wunner. ohne viel diskussion einigte sich die berufungskommission auf prof. dr. mayer-maly, der zwar ein technokrat sein mag, allen anderen bewerber jedoch fachlich derart himmelhoch überlegen war, daß man ihn nicht einmal zu einem gastvortrag einlud, und die professoren von einer „wahrhaftigen bereicherung“ sprachen. dann kam die abstimmung in der fakultät — welche nur noch eine formsache zu sein schien.

nach dieser abstimmung verließ ein liberaler professor empört und wütend den raum, und das ewige pochen auf die „wissenschaftliche qualifikation“ hatte sich auch in diesem falle als leeres geschwätz erwiesen. sind es sonst politische oder persönliche gründe, die zur ablehnung eines bewerbers führen, so bangen diesmal die meisten hochschullehrer davor, wegen ihrer wissenschaftlichen dürftigkeit von mayer-maly an die wand gedrückt zu werden. so wurde also nicht die „wahrhaftige bereicherung für die fakultät“, sondern der mittelmäßige jacob auf platz 1 der berufungsliste gesetzt.

der fetisch der wissenschaftlichen qualifikation wird schnell vom

tisch gewischt, wenn man dadurch — wie hier — minderwertigkeitsgefühle kompensieren kann.

2. besetzung des neuerrichteten kriminologie-lehrstuhls. hier hat sich unter anderem auch ein herr landecho aus madrid beworben. landecho ist jesuit und lehrt zur stunde noch kriminologie und strafrecht in madrid. landecho gehört, soweit das seinen deutsch- und spanischsprachigen werken zu entnehmen ist, zu den vertretern einer — seit dem 3. reich sogar hierzulande überholten — sog. „lehre vom tätertyp“.

diese lehre ist wegen ihrer nähe zur erbbiologischen rassenpolitik eine typische ausdrucksform reaktionär-faschistischer willkürherrschaft.

die fakultät hat nun gegen den energischen widerstand der studentischen vertreter beschlossen, landecho zu einem gastvortrag einzuladen. ein antrag der studenten, sich erst über landechos politische einstellung klarheit zu verschaffen, wurde vertagt. nach einer halbstündigen diskussion, in der jeder vorgab, diesen herrn nicht zu kennen, wurde zu dessen rechtfertigung gesagt, daß er ja auch einen artikel über den burgos-prozeß geschrieben habe (der aber dann leider nicht veröffentlicht wurde, was man als demokrat ja auch verstehen könne). es fragt sich, woher diese intimkenntnisse über landecho kommen, wenn ihn keiner kennt; weiterhin muß auch gesagt werden, daß sogar die faschistischen militärs unter dem druck der massenstreiks und der internationalen solidarität gegen die todesurteile Stellung genommen haben. daher: sollte landecho wirklich zu einem gastvortrag an die rub kommen, muß er sich der diskussion über seine lehren und über die willkürherrschaft in spanien stellen.

3. Aufgabenkatalog für die Arbeit im UP

1. Muster-Abteilungssatzungen
Erstellung von Muster-Abteilungssatzungen, die folgende Essentials enthalten müssen:
— Viertelparität im Grundsatz, ohne starr an diesem Modell festzuhalten; im Einzelfall müssen differenzierte Modelle ausgearbeitet werden, die auf die Forderungen des Personals nach paritätischer Mitbestimmung eingehen;
— generelle Öffentlichkeit;
— paritätische Beteiligung bei Entscheidungen über Berufungen und Habilitationen;



— möglichst großes Entscheidungsgremium und Verlagerung aller wesentlichen Entscheidungen auf die Abteilungsebene;
— Instrumentalisierung des Dekans;
— keine Wahlquoren;
— Verpflichtung zu paritätischen Institutssatzungen.

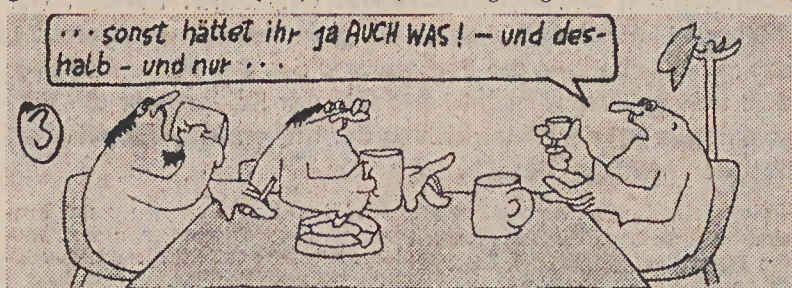
Die Zustimmung zu den von den Abteilungen vorgelegten Satzungen muß von diesen Essentials abhängen. Auf die Umarbeitung schon vorliegender Satzungen muß entsprechend hingearbeitet werden. Die selbständige Satzungsarbeit der Abteilungen soll durch das UP nicht reglementiert, sondern positiv gefördert werden. Unter anderem müssen vom UP Fristen für die Einreichung von Satzungen gesetzt werden.



Reaktionäre Satzungen müssen verhindert werden, wobei zusammen mit den Kräften, die für die Autonomie der Hochschule eintreten, gegen die Vorbehaltsklauseln im Erlaß des Ministerpräsidenten vom 13. 10. 69 und vom 21. 5. 70 zu kämpfen ist.

2. Prüfungsordnungen
Prüfungsordnungen dürfen vom UP nur verabschiedet werden, wenn sie die von der Universitätskommission für Lehre (UKL) verabschiedeten Grundsatzkriterien für Prüfungsordnungen enthalten. Vom UP sind zu diesem Zweck die UKL-Grundsatzkriterien zu verabschieden. Darüber hinaus muß die Existenz einer genehmigten Studienordnung Voraussetzung für die Genehmigung von Prüfungsordnungen sein.

3. Studienordnungen
Für Studienordnungen müssen anhand des von der UKL erstellten Fragenkatalogs für Studienordnungen inhaltliche Kriterien entwickelt werden, die in alle Studienordnungen einzuarbeiten sind (s. o.).



4. Universitätskommissionen
Für die Universitätskommissionen muß ein politisches Konzept erarbeitet und verabschiedet werden. Diese Kommissionen können nur dann positive Arbeit leisten, wenn die Erledigung konkreter Einzelaufträge im Rahmen eines inhaltlichen Konzepts erfolgt.

Bei der Wahl der Prorektoren und der sonstigen Kommissionsmitglieder müssen die Kandidaten auf die Erfüllung des entwickelten Konzepts verpflichtet werden.

Dem staatlichen Versuch, zwischen die zentrale Universitätskommissionen und die Abteilungskommissionen eine dritte Verwaltungsebene zu schieben (die Mehrzahl der Sachbearbeiter hat sich im letzten Hearing zum HSchrG bereits dafür ausgesprochen), muß entschieden begegnet werden. Dazu wird die engere Koordinierung der Universitätskommissionen und der Abteilungskommissionen notwendig sein.

Eine besondere Aufgabe der UKL muß es sein, die längst überfällige Reform der Didaktik und damit der Studienziele ernsthaft in Angriff zu nehmen.

Es ist eine vierte Kommission für Arbeit und Soziales einzurichten.

5. Rektorwahl
Ein progressiver Rektor könnte die assistentische und studentische Politik dadurch unterstützen, daß er aktiv gegen die Anwendung der staatlichen Formierungsmaßnahmen auf die Universität eintritt, Übergriffe des Senats verhindert und Einfluß auf die Universitätsverwaltung zu nehmen versucht.

Voraussetzung dafür ist jedoch, daß dieser Rektor die Fähigkeit hat, sich innerhalb der Universität und auch gegenüber dem Ministerium durchzusetzen.

Bei der Rektorwahl bildet vor allem der Erlaß des Ministerpräsidenten vom 21. 5. 1970 Zündstoff,

indem es dort heißt:
„... wird die Wahl einer Persönlichkeit zum Rektor, die nicht als Hochschullehrer im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit steht, nicht bestätigt werden können, auch wenn die Verfassung einen solchen Fall nicht ausdrücklich ausschließt.“

Wie wäre es mit der Wahl eines entsprechenden Vertreters aus der Assistentenschaft auf der Grundlage des Verfassungstextes? Hier ließe es sich zeigen, wie es um die Autonomie der Hochschule tatsächlich bestellt ist! Nähme man seine eigene Verfassung und die viel im Munde geführte Autonomie wirklich ernst, dann müßte die Universität geschlossen dafür eintreten, eine solche Wahl auf jeden Fall durch den Minister bestätigen zu lassen. Wer — vor allem von den Professoren — müßte dann nicht Farbe bekennen! Es würde dadurch nicht nur die Grenze des universitären Selbstverständnisses von Autonomie deutlich markiert, sondern auch die tatsächliche Einschränkung von Reformmöglichkeiten aufgezeigt.

6. Präsidialverfassung
Sobald wie möglich muß die Präsidialverfassung an unserer Universität durchgesetzt werden. Der Hochschulpräsident ist im Vergleich zum Rektor relativ autonom und sieht sich keinem professoralen Rektorat gegenüber. Das gibt ihm von den Voraussetzungen her eher die Möglichkeit, im Interesse der Gruppen zu arbeiten, die ihn gewählt haben. Außerdem besteht dadurch die Möglichkeit, den für uns außerordentlich wichtigen In-

formationsfluß der Universitätssplittze an die Öffentlichkeit von der z. Z. traurigen Einseitigkeit zu befreien.

Der Kampf für die Veränderung der Verfassung in eine Präsidialverfassung wird ein Prüfstein sein, ob und inwieweit die Universität überhaupt Reformen durchführen will und kann. Die strukturellen Verfassungstendenzen, die sich bei der Anwendung des Hochschulgesetzes auf die Ausarbeitung einer neuen RUB-Verfassung zeigen werden, werden die Richtung des Kampfes bestimmen.

7. Verfassungsänderung
Eine Verfassungsänderung ist in verschiedenen Punkten der RUB-Verfassung vorzunehmen. Da z. B. die RUB-Verfassung in offensichtlicher Absicht dem Personal das Stimmrecht bei Studien-, Prüfungsordnungen etc. verweigert, wird die Arbeit des Vermittlungsausschusses durch Art. 25.3 zu einer Farce.

Käme z. B. eine Entscheidung über Studienordnungen nach erfolgloser Verhandlung im Vermittlungsausschuss wieder ins UP, dann könnte das Personal nicht mitstimmen (RUB-Verf., Art. 20.2), und der endgültige Beschluß würde durch das UP mit 2/3 seiner Mitglieder (nicht etwa der Stimmberechtigten) gefaßt (RUB-Verfassung Art. 25.3).



Das hieße in einem konkreten Konfliktfall: nur 6 (!) Professoren könnten gegen eine Mehrheit von 89 Prozent der Mitglieder willkürlich einen totalen Boykott ausüben. Dieser Zustand ist unhaltbar!

8. Universitätsordnung
Verhinderung einer Universitätsordnung, die disziplinarrechtliche oder sonstige Ordnungsverordnungen enthält.

9. Abbau der Machtfülle von Organen außerhalb des UP
Das heißt z. B.: Kampf gegen die Machtfülle des Senats, die er bei Personal- und Berufsfragen noch ausübt, und gegen die Machterweiterung von Rektorat und Senat, indem zentrale Forschungseinrichtungen, die von den Selbstverwaltungsorganen der Fachbereiche unabhängig sind, der unmittelbaren Leitung der Universität unterstellt werden sollen.

10. Forschungskontrolle:
Z. B. Ordnung für Auftrags- und Drittmittelforschung.



11. Personalstrukturreform
Personalstrukturreform einschließlich Abschaffung des Lehrstuhlprinzips (z. B. Rahmenordnung für Hochschullehrer nach Art. 8.3 RUB-Verf.).

4. Voraussetzung für die Durchsetzung einer solchen Konzeption

1. Bündnispolitik
Politisches Bündnis zwischen Assistentenschaft und Studentenschaft: Dieses Bündnis ist speziell zu organisieren; u. a. muß die konkrete Arbeit der Bündnispolitik vom Aktionsrat geleistet werden. Dieser muß auch das gemeinsame Aktionsprogramm nach der jeweiligen Entwicklung konkretisieren.

2. Personalpolitik
Sämtliche Posten (Fraktionen, Kommissionen, Vorbereitender Ausschuss, UP-Vorstand) müssen so besetzt werden, daß die UP-Konzeption der Studenten und Assistenten durchgesetzt wird. Besonders die Wahl eines richtigen UP-Präsidenten ist für die Durchsetzung dieser Konzeption entscheidend, d. h. die Kandidaten für den

UP-Vorsitz müssen unbedingt auf das Konzept von Studenten und Assistenten verpflichtet werden. Der UP-Vorsitzende muß sich gegen Rektorat/Senat/Ministerium durchsetzen können. Der UP-Vorsitzende und die Stellvertreter müssen mit dem Vorbereitenden Ausschuss kollektiv zusammenarbeiten.

3. Effektivierung der Parlamentsarbeit

Das UP muß sich auf die politische Arbeit konzentrieren. Die Arbeit des Vorbereitenden Ausschusses muß intensiviert und systematisiert werden. Für die konkrete UP-Arbeit sind regelmäßig Sitzungen der einzelnen Fraktionen, des interfraktionellen Ausschusses und der gemeinsamen Fraktion einzuberufen. In diesen Fraktionssitzungen müssen die wesentlichen TOP's der UP-Sitzungen vor diskutiert werden, damit ein einheitliches Fraktionsverhalten gewährleistet ist.

4. Intensive Zusammenarbeit

Intensive Zusammenarbeit zwischen Fachschaften und UP-Vertretern sowie zwischen den Vertretern der Assistentenschaft in den Abteilungen und den UP-Vertretern; denn die politische Umsetzung von UP-Beschlüssen setzt einen ständigen Informationsaustausch voraus.

Die inhaltliche Arbeit in Projektbereichen und abteilungsspezifischen Arbeitsgruppen muß initiiert bzw. verstärkt, der Kampf für progressive Abteilungssatzungen fortgesetzt werden.

5. Effektive Kontrolle über Rektorat und Verwaltung;
Beschränkung der Kompetenzen des Senats;
stärkere Kontrolle über die zentralen Einrichtungen (Art. 53.2 RUB-Verf.).

5. Essentials für die Arbeit im UP

1. Kampf gegen jegliche staatlichen Reglementierungen in Studium, Forschung und Lehre und entschiedene Abwehr aller Tendenzen, bestehende und sich formierende Rechtskartelle (wie z. B. BDI, „Bund Freiheit der Wissenschaft“) in die Hochschule hineinzutragen.

2. Kampf gegen die Versuche, Kriegs- und Auftragsforschung un-

ter Umgehung der universitären Öffentlichkeit in der Hochschule zu verankern. Es muß die Verwirklichung dessen verhindert werden, was „von zentralen, der Kontrolle durch die Öffentlichkeit weitgehend entzogenen und im engsten Kontakt mit Instanzen der Wirtschaft stehenden Gremien“ (Kaiser: Reform oder Formierung) gesteuert werden soll.

3. Kampf gegen die Zerschlagung der Universitätseinheit beim Übergang zur integrierten Gesamthochschule. Das bedeutet z. B. Kampf gegen einzelne Ausgliederungsversuche (Lehrerausbildung, Medizin etc.).

Der Kampf, den wir gegenwärtig gegen die staatliche Formierungspolitik und die fortschrittsfeindlichen Rechtskartelle führen, muß öffentlich geführt werden. Das UP muß dazu genutzt werden, die Absichten des Staates und der Rechtskräfte am konkreten Fall offenzulegen und Studenten und Assistenten gegen diese Politik zu mobilisieren.

Der Vorstand der Assistentenschaft
Der Vorstand der Studentenschaft

US VERKAUF

Führendes Haus in
Western-Bekleidung

Twen Shop
Bekleidung für
junge Leute.

Rücklaufbestände
der US-Armee

H. PETERMANN
Bochum - Rathausplatz 8
Telefon 66939

SOZIALISTISCHE BETRIEBS KORRESPONDENZ

Probenummer anfordern bei
Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Reifen-Dornhardt

Reifenfachhändler
Runderneuerungs-
und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterielager

Sonderpreise f. Uni-Angehörige

463 Bochum • Wittener Str. 449

Fernruf 55 03 68

gegenüber Opel-Eingang I

Die BSU und ihr gestörtes Verhältnis zur Realität

Im Contrapunkt Nr. 14 erschien ein Artikel, betitelt: „Nach den UP-Wahlen“, Verfasser Anton v. Magnis. Die Frage, ob es sich überhaupt lohnt, sich mit dem Contrapunkt zu beschäftigen, möchte ich entschieden bejahen, denn in diesem Opus läßt sich folgendes nachweisen:

1. Das, was die BSU unter „Reform“ versteht, ist eher dazu angetan, Verwirrung zu stiften, als klar eine Linie der Hochschulpolitik aufzuzeigen!
2. Die BSU wird nie fähig sein, studentische Interessen weitsichtig zu vertreten!
3. Die BSU kann als einzige Gegenwehr den Standpunkt linker Gruppen als irrational darstellen, indem sie bewußt deren Argumente verfälscht.

Der Reformbegriff der BSU

„Denn wie hätte man dann beweisen sollen, daß Reformen im kapitalistischen System nicht möglich seien.“ (1)
„Zweitens sehen SHB und Maoisten ... echte Reformen im kapitalistischen System als nicht möglich an.“ (2)

Die Gegenüberstellung dieser beiden Zitate zeigt ganz deutlich, wie schwammig der Begriff „Reform“ bei der BSU gefaßt ist. In Zitat (1) scheint eine Reform an sich etwas Positives zu sein. (Zugegebenermaßen ist im normalen Sprachgebrauch „Reform“ mit der Vorstellung von irgendetwas Positivem gekoppelt; allerdings sollte die BSU — eine Gruppe „kritischer Demokraten“ — endlich damit aufhören, unter Ausnutzung solcher Assoziationen die Studentenschaft zu verarschen!)

In Zitat (2) jedoch scheint es noch gewisse Unterschiede zwischen echten und unechten (?) Reformen zu geben.

Eins scheint der BSU noch nicht begriffen zu haben: „Es gibt nicht die „Reform“ an sich, sondern nur die „Reform für wen.“ Bei einer solchen Begriffsfüllung wird die Ambivalenz von „Reform“ deutlich; man kommt auch nicht in Verlegenheit, von Reformen zu sprechen, die eigentlich keine sind.

So kann man jetzt das Hochschulrahmengesetz als Reform bezeichnen, denn im Sinne der Wirtschaft (möglichst schnell und damit möglichst billig [in 6 Semestern], möglichst viel möglichst spezialisierten Output an Akademikern!) stellt es tatsächlich einen Fortschritt dar, gelingt es doch so, dem Staat die Ausbildungskosten für Schmalspurspezialisten aufzubürden. Daß das dem Interesse der Studenten nach guter Grundlagenausbildung widerspricht, da sie angesichts der Wissensexplosion fähig sein müssen, ständig neue Erkenntnisse zu bewältigen, ist klar. Doch was folgt nun aus diesem Reformbegriff: daß alles, was unter dem Fähnlein „Reform“ läuft, genauestens daraufhin zu untersuchen ist, für wen es Reform bedeutet.

Wir verstehen unter „Reformen für uns“ ein Bündel von Maßnahmen, das unsere Lage als Student und — was wichtiger ist und was die BSU vergißt — unsere spätere Arbeit im Beruf verbessern bzw. in unserem Interesse vorbereitet hilft. Derartige Reformen allerdings — als evolutionäre Erneuerungen — lassen sich nicht in einem System verwirklichen, in dem die Spielregeln für die Einführung solcher Reformen von einer kleinen Minderheit kontrolliert werden, die oben drein noch gegen solche Reformen ist. In diesem Zusammenhang wird auch die These von der sog. „schrittweisen Demokratisierung“ äußerst fraglich. Das schließt natürlich nicht aus, daß Reformen, die der herrschenden Klasse gewissermaßen nur an der Rinde kratzen, möglich weil geduldet sind.

Diese Minderheit nimmt über ihr wirtschaftliches Verhalten (bekanntlich sind bei uns Boom und Rezession von den Gewinnerwartungen der Unternehmer abhängig. Diese Gewinnerwartungen sind oft lediglich psychologisch [z. B. durch unangenehme Reformen] determiniert; man verfolge mal eine Woche das Börsengeschehen!) massiv Einfluß auf die Wirtschaftspolitik, was einer Regierung — sei ihr ein Reformwille im Sinne des Masseninteresses unterstellt — spätestens nach Ablauf der Legislaturperiode den Hals bricht, weil das überwiegend auf die Wirtschaft fixierte Wählervolk wirtschaftliche Fehlentwicklungen, die es am eigenen Leibe spürt, einer solchen Regierung und nicht den dafür unmittelbar Verantwortlichen anlastet. (Letzteres zu der von der BSU vielbeschworenen „Demo“ (Kratie). Bei einer Bundestagswahl werden nicht unsere „Wirtschaftskapitäne“ ausgewechselt, sondern lediglich die Marionetten, an deren Fäden dann dieselben Leute ziehen wie vorher.

Ergo: eine Reform für uns gegen diese Leute ist undurchführbar; der Ansatz muß also die Änderung

der ökonomischen Verhältnisse und damit der Machtstrukturen sein.

BSU und „studentische Interessen“

„Dazu muß die studentische Fraktion wieder wie im letzten Jahr die Interessen der Studenten ohne Unterstützung der mit einem 400 000-DM-Verwaltungsapparat ausgestatteten offiziellen Studentenvertretung „ASTA“ vertreten.“

Hier liegt in der Tat ein etwas eindimensionales Verständnis von „studentischen Interessen“ vor. Die BSU übersieht oder will nicht sehen, daß die Zeit als Student nur eine sehr kurze im Vergleich zu der Zeit ist, die der ausgebildete Akademiker — mit wenigen Ausnahmen — lohnabhängig im Beruf tätig ist. Wir verstehen nun unter studentischen Interessen nicht „Interessen, die ein Student hat“, sondern „Interessen, die einer hat, der jetzt gerade Student ist“. Wir tragen also nicht derartige Scheuklappen, die dazu führen, daß die BSU sich mit wachsender Begeisterung am Problem des rub-pub hochziehen kann.

Viel wichtiger ist die berufsbezogene Lage der Studenten. Bereits hier an der Uni werden Abhängigkeitsverhältnisse, die im späteren Beruf dasein werden, konkret vorbereitet. Diese Problematik aber beispielsweise reißt die BSU — wenn überhaupt: die DSU — nur am Rande an, ohne dort weiter zu arbeiten und die Mechanismen dieser gezielten „Verabhängung“ bzw. ihrer Installierung und Steuerung durch das Handeln einer Minderheit deutlich zu machen. Die parlamentarische Demokratie bleibt eine heilige Kuh: ein wahrhaft wissenschaftlicher Standpunkt!

Diese Fixierung auf das, was uns nur als Studenten und unmittelbar betrifft, begründet die Unfähigkeit der BSU, studentische Interessen im weiterreichenden Sinne zu vertreten zu können.

BSU und das Irrationale

„Links waren es die marxistischen Studentengruppen..., denen eine gelungene Hochschulreform recht unangenehm gewesen wäre.“

Augenscheinlich hat der Autor die Diskussion um das Universitätsparlament nicht verstanden. Um es ganz klar zu sagen: nichts wäre schöner, als daß wir unsere Forderungen im Reformwege, d. h. innerhalb der uns gesetzten Spielregeln (z. B. im UP), durchsetzen könnten. Das sei hier völlig ohne Ironie gesagt.

Aber: vielleicht kann man sich bei der BSU noch daran erinnern, daß die Forderungen der Studenten z. B. nach Drittelparität nicht in Gremien, sondern auf den Druck von unten erkämpft wurden. Wer das Hochschulgesetz NRW und das Hochschulrahmengesetz genau liest, bemerkt, daß diese Parität augenscheinlich wieder abgebaut werden soll. Daß nun laut Contrapunkt gerade im 6-Wochen-UP große Reformen voranbetrieben werden können, obwohl allein die Installation dieses Gremiums eine für uns negative Reform ist, weil nämlich

1. ohne Notwendigkeit bereits die Angleichung an das HSGNRW vorbereitet wird und
2. dadurch die Möglichkeit verbaut wird, ein ohne Wahlquorum (macht die Anzahl der Sitze im UP von der Wahlbeteiligung abhängig) gewähltes 1-Jahres-UP zu bekommen, läßt das Interesse der BSU an einer „gelungenen Hochschulreform“ zweifelhaft werden. Es geht uns nicht darum, auf Biegen und Brechen eine abstrakte Theorie zu verifizieren, wie Anton v. Magnis das behauptet, sondern wir wollen
1. diese sogenannten „Reformen“ verhindern, die unseren studentischen Interessen entgegenlaufen und
2. machen wir uns Gedanken über die Durchführbarkeit von Reformen für uns.

Dies tut die BSU nicht, dort sitzen die Irrationalen! R. Gr.

Zulassungsbeschränkungen für Studienanfänger im Sommersemester 71	
HOCHSCHULEN	So sieht's aus:
TH Aachen	FÄCHER Psychologie; Pharmazie (Zulassungen werden von U Bonn ausgesprochen).
PH Augsburg	—
U Augsburg	Aufbauphase; Studienjahr.
PH Bamberg	—
PH Bayreuth	—
FU Berlin	Medizin, Zahnmedizin, Tiermedizin, Psychologie; Pharmazie.
PH Berlin	Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen: Bewerber mit kleiner Matrikel werden nicht eingeschrieben.
—	Architektur (Sonderregelung für den Studiengang Stadt- und Regionalplanung).
TU Berlin	Struktureller numerus clausus.
U Bielefeld	*)
U Bochum	Medizin, Zahnmedizin, Psychologie; Pharmazie.
U Bonn	Pharmazie; beantragt: Psychologie, Biologie.
TU Braunschweig	—
PH Bremen	—
TU Clausihal	beantragt: Biologie.
TH Darmstadt	Aufbauphase.
U Dortmund	Medizin; Biologie, Chemie.
U Düsseldorf	Medizin, Zahnmedizin; Biologie, Chemie, Lebensmittelchemie, Pharmazie; Chemieingenieurwesen, Elektrotechnik, Informatik.
U Erlangen-Nürnberg	—
PH Eßlingen	—
PH Flensburg	—
U Frankfurt	Medizin, Zahnmedizin, Psychologie; Biologie, Pharmazie.
PH Freiburg	—
U Freiburg	Medizin, Zahnmedizin, Psychologie; Biologie, Chemie, Pharmazie, Physik.
—	Zahnmedizin, Psychologie**); Biologie.
U Gießen	Medizin, Zahnmedizin, Psychologie; Biologie, Geographie, Physik.
U Göttingen	Medizin, Zahnmedizin, Psychologie;
—	Pharmazie.
U Hamburg	Zahnmedizin.
MedHo Hannover	Biologie.
TU Hannover	—
TiHo Hannover	—
PH Heidelberg	Medizin, Zahnmedizin, Psychologie.
U Heidelberg	Medizin; Biologie.
U Hohenheim	—
PH Karlsruhe	Pharmazie.
U Karlsruhe	—
PH Kiel	Medizin, Zahnmedizin, Psychologie; Mikrobiologie, Chemie (Diplom), Pharmazie.
U Kiel	Medizin, Zahnmedizin, Psychologie; Biologie; beantragt: Chemie.
—	Aufbauphase; Studienjahr.
U Köln	—
PH Konstanz	—
PH Lörrach	—
PH Ludwigsburg	Medizin, Zahnmedizin, Psychologie; Biologie, Pharmazie.
U Mainz	Medizin, Zahnmedizin, Psychologie; Biologie, Pharmazie.
U Mannheim	—
U Marburg	Keine Neuzulassungen im Sommersemester 1971*).
PH München	Medizin, Zahnmedizin, Psychologie (Hauptfach); Biologie, Lebensmittelchemie, Pharmazie.
TU München	Medizin, Zahnmedizin, Psychologie; Biologie, Pharmazie.
—	Medizin, Zahnmedizin, Psychologie; Biologie, Pharmazie.
U München	Keine Neuzulassungen im Sommersemester 1971*).
—	Medizin, Zahnmedizin, Psychologie (Hauptfach); Biologie, Lebensmittelchemie, Pharmazie.
U Münster	Medizin, Zahnmedizin, Psychologie; Biologie, Pharmazie.
PH Niedersachsen	—
PH Nürnberg	—
PH Regensburg	Psychologie**).
U Regensburg	—
PH Reutlingen	—
U Rheinland-Pfalz	—
PH Ruhr	—
PH Saarbrücken	—
U Saarbrücken	Biologie, Chemie, Geographie, Mathematik (mit Informatik), Mineralogie, Pharmazie, Physik (mit Metallkunde); Anglistik, Germanistik, Romanistik, Soziologie; Lehramt an Realschulen in der math.-nat. Fakultät.
PH Schwäbisch Gmünd	—
BPH Stuttgart	—
U Stuttgart***	Biologie, Chemie, Physik; Bauingenieurwesen, Elektrotechnik, Informatik.
—	Psychologie.
U Trier-Kaiserslautern	Medizin, Zahnmedizin; Pharmazie.
U Tübingen	Aufbauphase; Studienjahr.
U Ulm	—
PH Weingarten	—
PH Westfalen-Lippe	—
PH Würzburg	Medizin, Zahnmedizin, Psychologie**); Biologie, Chemie, Lebensmittelchemie, Geographie, Geologie, Mathematik, Mineralogie, Pharmazie, Physik.
U Würzburg	—

*) Studienbeginn vielfach ausschließlich im Wintersemester möglich.
**) Zulassungssperre.
***) Zulassungen nur im Wintersemester; in den hier aufgeführten Fächern können Studienanfänger aufgenommen werden, sofern Gründe vorliegen, die von den zuständigen Studienkommissionen und vom Rektorat anerkannt werden.

Spartakus: Bundesverband

Am 20./21. Mai wurde in der Bonner Universität der MSB (Marxistischer Studentenbund) gegründet. 214 Delegierte von 36 Hochschulen und Fachhochschulen waren anwesend. Die bisherige AMS (Assoziation Marxistischer Studenten) schloß sich hiermit zu einem einheitlichen Bundesverband zusammen. Mit der DKP besteht laut Chr. Strawe (Bundesvorsitzender) ein „partnerschaftliches Verhältnis“.

Im Hegge-Kolleg sind noch 3 Wohnplätze für Studentinnen frei. Bewerbung: sofort!

Honnef-Anträge sind so lange noch unentschieden, wie auf den Bescheid des Akafö keine „Rechtsmittelbelehrung“ gegeben wird. Alle Briefe der Förderungsabteilung, die nicht mit einer „Rechtsmittelbelehrung“ enden, haben nur informativen Charakter und weisen auf fehlende Unterlagen hin, die noch dazu nachzureichen sind!

Der Augen Wille:

die Heinen-Brille
Bochum, Kortumstraße 45
u. Ruhrpark-Einkaufszentrum

Ihre Kommilitonen können es bestätigen ...

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert



C. M. Schötteldreier

4630 BOCHUM

Herner Straße 107,

Telefon 1.4336

Service
Verkauf
Ersatzteillager

Wir reparieren — und tauschen nicht nur aus!

Umweltschutz?

Am 19. Mai nannte G. Hartkopf, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, „nach 6 Monaten des Schweigens“, erstmals Zahlen. Die von der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen werden in den nächsten 5 Jahren ca. 36 Milliarden DM kosten; abgesehen von den Ausgaben, die durch steuerliche Anreize, günstige Kredite und Globalbürgschaften für die Industrie hinzukommen.

Angesichts dieser Berechnungen ließ Hartkopf dann auch deutlich werden, wer zur Kasse gebeten werden soll („Wenn sämtliche Investitionen und Betriebskosten über Abgaben und Preise auf die Endverbraucher überwälzt werden ... müßte im Jahre 1975 mit Mehrausgaben in Höhe von 100 Mark je Einwohner und Jahr für eine bessere Umwelt gerechnet werden.“) und wer nicht („Wir wissen, wer unsere Partner auf Dauer sind!“). Gemeint ist die Industrie.

Der BDI (Bundesverband der deutschen Industrie) („Bei einer überstürzten Gesetzgebung könne hier eine neue Ausgabenlawine in Gang kommen.“), in dem die Hauptumweltverschmutzer sitzen, braucht sich also keine Sorgen zu machen. Wie überall gilt hier der Grundsatz:

Heilige Kühe werden nicht gemolken (geschweige denn geschlachtet), auch wenn sie alles vollscheißen!

Ein zweiter Aspekt, der einen Zynismus ohnegleichen deutlich werden läßt, ist die Ruhe, mit der man an das Problem Umweltverschmutzung herangeht. Alarmsignale aus Presse, Literatur und Wissenschaft stellt Hartkopf als Grund für eine ungerechtfertigte „Massenhysterie“ hin. Natürlich ist der Grund dieser Verharmlosung klar:

Kaufen Sie

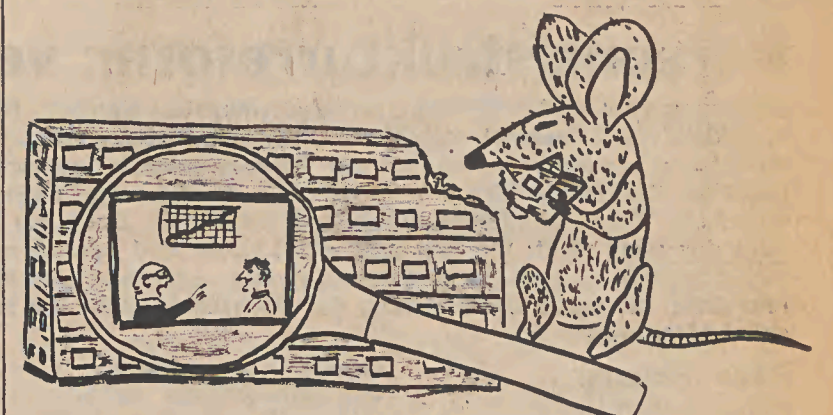
Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren

Trinkhalle Kothhoff
(Mensaparkplatz)

Neu:

Busfahrkarten aller Art

Solange sich die Industrie nur verbal zum Umweltschutz bekennt, aber nicht im geringsten bereit ist, dafür zu zahlen, muß eine Regierung vorsichtig fahivieren, das existentielle Interesse der Gesamtheit zurückstellen.



... habe ich Ihnen doch schon gesagt, daß angesichts der gespannten Ertragslage Umweltschutzausgaben ...

Wir sind ein dynamisches Vertriebsunternehmen der Elektronik mit jungen Mitarbeitern im Zentrum Dortmunds.

Wir suchen technisch-kaufmännisch interessierte Studenten für:

1. ÜBERSETZUNGEN
(englisch/deutsch, französisch/deutsch)

2. WERBUNG

Für unseren Geschäftsführer suchen wir einen rührigen und wendigen persönlichen Assistenten für verschiedene Aufgaben.

Fahrprobleme lösen wir.

Bitte, sprechen Sie mit Herrn Bruchhausen oder Herrn Reinelt

Elektronik Bauelemente GmbH

Dortmund, Viktoriastraße 15 — Telefon (02 31) 52 80 65



Ausprobieren!

Zungenmilder Pipe Tobacco.

6 Probchen gratis.

Einfach Postkarte an

EXCLUSIV

Tobacco

83 Landshut, Postfach 568

Kaum ein politisches Ereignis in der letzten Zeit ist derartig unterschiedlich, kontrovers eingeschätzt worden wie der Bürgerkrieg in Ostpakistan. Die Chinesen unterstützen das Militärregime in Pakistan, die kapitalistischen Länder begeistern sich neuerdings für Befreiungsbewegungen...

Der Bürgerkrieg in Pakistan

Die Entwicklung

Im Dezember 1970 gewann der Führer der Aufständischen, Scheich Mudschib-Ur Rehman, in den von Jahja Khan, Militär und Staatsoberhaupt Pakistans, ausgeschriebenen Wahlen in Ostpakistan die überwältigende Mehrheit (167 der 169 Wahlkreise Bengalens) und damit — auf ganz Pakistan bezogen — mehr als die Hälfte der 313 Sitze des pakistanischen Parlaments. Der damit faktisch zum Premier gewählte Mudschib verkündete, er wolle Ostpakistan eine eigene Verfassung geben, die fünf ostpakistanischen Provinzen sollten — abgesehen von Verteidigung und Äußeres, das einer künftigen Zentralregierung vorbehalten sein sollte — eine autonome Regierung erhalten. Zulfikar Bhutto, Wahlsieger in Westpakistan und Gegenspieler Mudschibs, verhinderte durch einen Boykott seiner Partei die erste Sitzung der verfassungsgebenden Nationalversammlung.



Jahja Khan verhandelte 11 Tage mit dem Scheich, Zeit genug, um weitere westpakistanische Truppen in die Ostprovinz zu transportieren. Der Scheich rief daraufhin seine Landsleute zum passiven Widerstand auf. Dieser Widerstand hatte jedoch nichts mit dem Ghandischen Vorbild aus der indischen Kolonialzeit gemein. Die 40 000-Mann-Armee Westpakistans in Bengalen war zunächst Angriffsobjekt dieses „zivilen Ungehorsams“, während der dreiwöchigen „Regierungszeit“ Mudschibs soll es auch zu grausamen Ausschreitungen gegen nicht-bengalische Minderheiten gekommen sein — die sowohl von Westpakistan wie Indien verhängte Nachrichtensperre verhinderte genaue Bestandsaufnahmen. Die Reaktion der pakistanischen Armee erfolgte mit ungeheurer Schärfe. Die Schätzungen über die Anzahl der Opfer reichen von 80 000 bis 500 000.

Verhältnis West-Ost-Pakistan

Ostpakistan (72 Mio Einwohner) fungiert mit seiner Juteausfuhr als Hauptdevisenbringer. Gesamtpakistans, Nichtsdestotrotz liegt im Osten das Pro-Kopf-Einkommen um 47 Prozent niedriger, beträgt die Wachstumsrate des Bruttozuzialprodukts 1/3 der Westpakistans (60 Mio Einwohner). Die in Westpakistan konzentrierte Industrie (22 Monopolisten kontrollieren 66 Prozent der industriellen Anlagen, 70 Prozent der Versicherungen und 80 Prozent der Banken) überschwemmt Bengalen vorwiegend mit minderwertigen Textilien zu überhöhten Preisen, so daß Ostpakistan nicht nur im wesentlichen die 2,4 Mrd. (69/70) der nach Westpakistan fließenden Importe bezahlt, sondern dazu noch die schwachen Industrien dort mitfinanzieren. Jährlich zieht der Westen 170 Mio DM Kapital aus dem Osten ab: 80 Prozent der Auslandshilfe fließen in den Westteil des Landes. 60 Prozent des Staatshaushalts stehen der Armee und damit der Erhaltung des kolonialistischen Ausbeutungsverhältnisses zur Verfügung.

Die ostpakistanische industrielle und agrarische Bourgeoisie war nicht länger gewillt, das hinzunehmen.

Verhalten der Anderen

Genau dies war der Punkt, an dem sich für China entschied, wer in der innerpakistanischen Auseinandersetzung zu unterstützen sei oder besser ungehindert handeln sollte. Die Awami-Liga des Mudschib ist keine sozialistische Bewegung. Insofern konnte die an sich vorrangige Unterstützung des „proletarischen Internationalismus“ — eben wegen Nicht-Vorhandenseins einer proletarischen Bewegung in Bengalen — das zweite Prinzip, die friedliche Koexistenz, nicht außer Anwendung bringen. Was allerdings im Sinne einer internationalen sozialistischen Strategie gerade die Militärdiktatur Westpakistans für eine friedliche Koexistenz attraktiv machen soll, bleibt rätselhaft. Argumente, daß Pakistan, repräsentiert durch Westpakistan, USA-feindlich eingestellt und als schwaches Glied in der Kette des US-Imperialismus zu erhalten sei, scheinen nicht ganz stichhaltig, zumal Pakistan noch Mitglied des SEATO-Paktes ist. Vielmehr drängt sich der Verdacht auf, daß — in Fortsetzung der Ping-Pong-Diplomatie — China zunächst ein machtpolitisches Arrangement anstrebt, was den Gegner Indien nicht zu stark werden läßt. Denn eine Ab-

spaltung Bengalens von Pakistan hätte auch wegen einer vom Mudschib bereits angedeuteten Annäherung an Indien eine Stärkung der indischen Position bedeutet. Ein abschließendes Urteil über die chinesische Politik in dieser Frage kann jedoch noch nicht gefällt werden: maoistische „Naxaliten“ aus der indischen Provinz Bengalen beginnen, den Guerillakampf gegen — wie gesagt wird — die auf dem Rücken des Volkes gegeneinander kämpfenden Reaktionäre Bhutto und Rehman zu organisieren.

Bezüglich der bürgerlichen Presse fiel auf, daß sie hier eine Befreiungsbewegung unterstützte, während sie beispielsweise für die FRELIMO, MPLA, Vietcong etc. kaum Sympathie findet: eine bürgerliche Befreiungsbewegung ist natürlich ganz was anderes!

Das Verhalten der Sowjetunion ist — abgesehen von der prinzipiellen Unterstützung von Volksfrontbewegungen — erklärlich aus dem Engagement in Indien. Die SU als bedeutendster Entwicklungshelfer Indiens hat natürlich ein Interesse daran, südlich von China in einem starken Indien vertreten zu sein.

Der theoretische Streit, ob zur Ablösung kolonialistischer Strukturen in Bengalen zunächst eine demokratische oder — wenn überhaupt — dann nur eine sozialistische Bewegung zu unterstützen sei, sollte angesichts der fürchterlichen Massaker in den Hintergründen treten; eine sozialistische Theorie muß das Gewaltproblem einbeziehen, sie kann nicht über eine halbe Millionen Tote hinwegsehen, der Reinheit der Theorie wegen!

Die nächste Aufgabe

Angesichts der militant kontroversen Standpunkte beider Pakistan — bereits bei der Staatsgründung äußerte der spätere Premier Chowdhuri Mohammed Ali, man solle nicht zuviel in die Ostprovinz investieren, sie würde doch ihren eigenen Weg gehen — erscheint ein weiteres Fortbestehen des Staatsverbandes illusorisch. Da die westpakistanischen Truppen in Bengalen augenscheinlich nicht gewillt sind, die ökonomische Katastrophe, die angesichts der wegen der Flutkatastrophe zerstörten Reisernote anrollt, aufzuhalten, ist eine Autonomie des Landes, frei von westpakistanischen Truppen, Voraussetzung dafür, daß überhaupt ein Überleben vieler Bengalens sichergestellt wird. Hier hat eindeutig die kurzfristige gute, wenn auch langfristig schlechtere Lösung den Vorrang!

Linke Diskussion

Klassenlage der wissenschaftlichen Intelligenz und gewerkschaftliche Orientierung

Eine genaue Untersuchung der subjektiven (!) und objektiven Klassenlage ist Voraussetzung jeglicher Tätigkeit sozialistischer Hochschulgruppen an der Uni. Eine hochschulpolitische Strategie wird dann determiniert von den Ergebnissen einer solchen Untersuchung. Im Folgenden sind zwei Ansätze dargestellt, die auf einer Bundesdelegiertenversammlung des SHB vorgetragen wurden. Wir halten den ersten Ansatz angesichts der Schwierigkeiten der Analyse besonders bei Medizinerinnen, Juristen, Wirtschaftswissenschaftlern sowie Lehrern für zu undifferenziert; dadurch kommt er zu einer etwas zweifelhaften Hochschulstrategie. Der zweite Ansatz dagegen ermöglicht durch die Unterscheidung nach formeller und materieller Subsumtion einerseits und Delegation v. Kapitalistenfunktionen andererseits genauere Aussagen und verweist auf einen Hauptansatzpunkt hochschulpolitischer Arbeit, nämlich die fachspezifische Berufsperspektivenanalyse (s. Projektbereich Lehrerausbildung!).

SHB Bonn (sog. „Spartakusfraktion“):

Die neuen Verwertungsbedingungen des Kapitals setzen eine den neuen Anforderungen der Produktion angemessene Bildungs- und Berufsstruktur der Bevölkerung voraus.

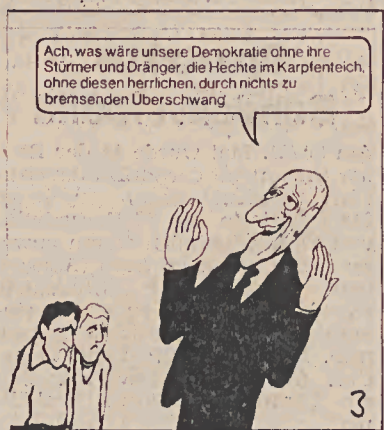


Damit gewinnen die Hochschulen eine neue Rolle:

- als Produktionsstätten von Technologie und wissenschaftlichen Ergebnissen, die direkt in die Produktion einfließen können oder im Reproduktionsbereich benötigt werden;
- als Stätten der Qualifikation von Arbeitskraft für die Berufstätigkeit innerhalb und außerhalb des Bereichs der unmittelbaren Produktion.



Diese Funktion der Hochschulen führt dazu, daß mit den zunehmenden staatsmonopolistischen Formierungsmaßnahmen wie Konzentration und Zentralisation der Entscheidungen über die Forschungsplanungen, Zentralisation der gesamten Bildungsplanung in zentralen staatlichen und halbstaatlichen Gremien und Institutionen, Zentralisation der inhaltlichen Studienformierung durch die Studiente-



formkommission, vollständige Integration der Finanzplanung in die Mifriti, und damit Unterwerfung unter die kapitalistischen Konjunkturzyklen mit allen Folgen, die Hochschulen einerseits selbst stärker zu Orten sozialer und politischer Auseinandersetzungen werden, andererseits an die allgemeinen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen enger herangerückt werden.

Diese Entwicklungen geben den Auseinandersetzungen im Hochschul- und Schulbereich, im Staatsapparat und im Gesundheitswesen eine neue Bedeutung, weil hier ökonomische Auseinandersetzungen objektiv und subjektiv verschärften politischen Charakter bekommen.

Die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung beruht weiter auf einer Klassenanalyse der Studenten, sowie ihrer berufsperspektivischen Klassenlage. Diese Analyse stellt fest, daß die überwiegende Mehrheit der heutigen Studenten an den Universitäten, PHs, Fachhoch- und Ingenieurschulen in der Perspektive vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben wird, daß sie diesem zentralen Konflikt teilweise bereits während ihrer Ausbildung in Fragen der sozialen Sicherheit der Ausbildung, der Konkurrenz und Leistungssituation zu spüren bekommen. Auch eine Übersicht über die Verteilung der Studenten nach Fächern zeigt, daß die große Mehrheit der Studenten einem Studium nachgeht, das in der Aneignung von Qualifikationen für die Produktion von Mehrwert oder für die Anstellung durch den imperialistischen Staat zur Herrschaftssicherung besteht.

Ausgehend von dieser (grob) unrisierten Klassenanalyse analysiert

der SHB die Interessen der Studenten, die — perspektivisch — denen ihrer späteren Berufstätigkeit zum Teil immer ähnlicher werden...

... Zu diesen Interessen kommt noch das Interesse der Studenten an materieller und sozialer Sicherheit während der beruflichen Vorbereitungszeit sowie das politische Interesse an der Mitentscheidung über Ziel und Inhalt der Ausbildung wie des späteren Arbeitsplatzes und seiner Arbeit. Diese Interessen der Mehrheit der Studenten



sind unmittelbare materielle Interessen des potentiellen akademischen Facharbeiters. Von daher besteht die Möglichkeit, in der Einbeziehung der Mehrheit der Studenten in die praktische Artikulation und Durchsetzung ihrer Interessen Keimformen gewerkschaftlichen Bewußtseins zu erzeugen. Die Orientierung wird umgesetzt über die zwei entscheidenden Hebel in der Hochschulpolitik: die sozialistischen Hochschulgruppen, also auch der SHB, und die Fachschaften und Basisgruppen.

Personalstrukturreform: verplante Lehre

Die neuen Thesen des NRW-Wissenschaftsministers Rau zur „Neuordnung“ der Personalstruktur in NRW (von „Reform“ spricht Rau vorsichtshalber erst gar nicht) sind ein entscheidender Schritt der Landesregierung, mit der Durchsetzung der geplanten „Hochschulreform“ — spricht HOCHSCHULFORMIERUNG — jetzt ernst zu machen. Das Hochschulrahmengesetz ist bereits durch und durch antidemokratisch und reaktionär. Doch der Landesregierung von NRW genügt das noch nicht: Sie füllt jetzt alle Lücken und Spielräume, die das Hochschulrahmengesetz noch läßt — und das sind wenig genug — rücksichtslos aus, um die Hochschulformierung und damit die totale Unterwerfung der Hochschule unter die Interessen der Großindustrie voranzutreiben.

Raus „Reform“

PROFESSOREN sollen zu 6 bis 18 Stunden Lehre verdammt werden. Laut Auskunft des Wissenschaftsministeriums steht die Vorbereitungszeit bei wissenschaftlicher Lehre der Lehrzeit 4:1 gegenüber. Das bedeutet, daß Professoren bis zu 90 (!) Wochenstunden mit Lehr-tätigkeit zubringen müssen — oder daß die Lehre nicht mehr wissenschaftlich betrieben werden kann.

In jedem Fall verschwindet damit die Forschung aus den Hochschulen und wird vollends in die Großindustrie verlagert!

ASSISTENZPROFESSOREN sollen in den ersten 3 Jahren 3 bis 9 Stunden, dann 6 bis 18 Stunden in der Lehre tätig sein. Das entspricht mit der notwendigen Vorbereitungszeit einer Wochenstundenzahl von 45 bzw. 90 Stunden! Außerdem sollen die Assistenzprofessoren aber auch noch den Nachweis der „pädagogischen Eignung“, „unter Anleitung und Verantwortung eines Hochschullehrers“ erbringen.

Das bedeutet die Einführung eines Referendariats und Etablierung der Ordinarienwillkür!

Der NEUE MITTELBAU soll aus einem Heer von Fußvolk bestehen, das billige Handlangerdienste und Hilfsarbeiten verrichtet. Akademische Räte etc. sollen zu „wissenschaftlichen Dienstleistungen“ und „spezifischen Unterrichtsaufgaben“ verpflichtet werden. Das Wissenschaftsministerium gab auf Befragen Auskunft, es denke dabei z. B. an „zahnprothetische Kurse“ und „Spracheinübungen“.

— Zu besonderen Hilfeleistungen sollen die WISSENSCHAFTLICHEN HILFSKRÄFTE verpflichtet werden. Das Ministerium hat die unmißverständliche Auskunft gegeben, daß die Tätigkeitsmerkmale der m. d. V. b.-Assistenten von heute denen der zukünftigen wissenschaftlichen Hilfskräfte entsprechen (d. h.: Verwaltungsarbeit und Dienstleistungen für Professoren).

— Der Zynismus des Wissenschaftsministeriums zeigte sich, wenn es von den STUDENTI-

SCHEN HILFSKRÄFTEN heißt: „Die Mitarbeit von studentischen Hilfskräften ist eine bewährte Möglichkeit zur Einführung der Studenten in eigene verantwortliche wissenschaftliche Arbeit und Heranführung an die Aufgaben als Wissenschaftler an der Hochschule.“ — und das bei einer geplanten Studienzeitverkürzung auf 2 Jahre (Wissenschaftsrat).

Ziele dieser „Reform“

Assistenten und Studenten sollen in ein Heer von billigen und willigen Hilfsarbeitern des Kapitals verwandelt werden.

Denn an den Hochschulen soll ja nicht mehr geforscht und wissenschaftlich gearbeitet werden — vielmehr soll die Hochschule zu einem möglichst profitablen Betrieb werden, der eine reine Ausbildungsfunktion besitzt und die Industrie reichlich mit Menschenmaterial versorgt. Diese Zielsetzung wird auch vom Wissenschaftsrat offen diskutiert.

Die Forschungsuniversität wird zu Grabe getragen. Jetzt wird es nur noch reine Lehrbetriebe geben. Dies ist der Anfang der totalen Formierung der Hochschule!

Manche Assistenten und Studenten glauben noch immer, sie könnten die Landesregierung dazu bewegen, die Auswirkungen der bundesweiten Hochschulformierung abzuschwächen. Das ist eine Illusion! Einerseits vertreten die Landesregierungen dieselben Interessen wie die Bundesregierung, andererseits sind in den letzten 15 Jahren die Länderkompetenzen bereits so weit abgebaut worden, daß die Landesregierungen nur noch zu reinen Handlangerdiensten fähig sind. Die Einflußmöglichkeiten der Länder auf die Hochschulpolitik ihrer Bereiche schwanden bereits durch die

— Mehrquellenfinanzierung, durch die neben den staatlichen Organen zusätzliche Geldgeber — vor allem aus der Großindustrie — zunehmend die Hochschulpolitik in die Hand nehmen, sowie durch die — Verwaltungsabkommen, durch

die weitgehend Länderkompetenzen an staatliche Organe abgegeben wurden. Dazu kommt jetzt eine — zentral gelenkte Hochschulpolitik, die die Länder zu ihren direkten ausführenden Organen macht. Daher heißt es auch in den Rauten: „Bei den Vorarbeiten mußte zunächst der Entwurf des Hochschulrahmengesetzes des Bundes abgewartet werden. Die Thesen ergänzen den Entwurf des Hochschulrahmengesetzes für die Verhältnisse des Landes.“

Wenn jetzt die Assistenten schlafen, werden sie noch nicht einmal ihr Ende miterleben!

Aufgaben assistentischer Politik

Für die Assistenten ergeben sich zwei notwendige Schlußfolgerungen, wenn sie ihren demokratischen Forderungen Nachdruck verleihen wollen.

1. Die Assistenten müssen sich bundesweit gegen die staatlichen Formierungsmaßnahmen wehren. Tragen wir diesen Kampf in die Bundes- und Landesverbände der Assistentenschaft und führen wir diesen Kampf konkret auf lokaler Ebene! Lassen wir uns nicht isolieren und von den Ordinarien bestechen. Denn nichts kommt den örtlichen Handlangern der Hochschulformierung (Rektorat, Senat, Dozentenschaft) gelegener als eine Spaltung der Assistentenschaft. Schließen wir uns zusammen! Schließen wir uns auch gewerkschaftlich zusammen. Denn organisatorisch geeint, erreichen wir mehr!
2. Die natürlichen Bündnispartner der Assistenten sind die Studenten. Diese sind durch die Formierungsmaßnahmen wie z. B. Studienreglementierungen aller Art genauso schlimm getroffen wie die Assistenten. Wollen wir etwas erreichen, dann nicht über die Vertretung von Standesinteressen! Das Ministerium pfeift auf unsere Interessen. Wir müssen lernen, unsere Interessen selbst zu vertreten und durchzusetzen! —fp.

Ratschlag für Kinogänger

annehmbar — CAPITOL — 9./10. 6.

JERRY — DER LADENHÜTER (Guess Who's Minding The Store). Gilt als einer der besten Jerry-Lewis-Filme.

ÜBERRAGEND — nur Do., 10. 6. — STUDIO

WILDE ERDBEEREN. Ingmar Bergman's vielleicht bester Film neben „Lächeln einer Sommernacht“, fast ohne metaphysisches Pathos oder verquältes Gottessuchertum. — Ein alter Professor erkennt auf der Schwelle zum Tod, wie falsch er gelebt hat und wie sehr er sich und den anderen das Leben vermißt hat. Er sieht, wie Verdrängung, Feigheit und mangelndes Engagement die Menschen kaputt macht. Er zieht die Konsequenzen. Trotz des subtil-psychologischen Handlungsvorwurfs ein sehr spannender Film, einer der besten der Weltkinematographie der 50er Jahre. Mit Victor Sjöström, Bibi Andersson, Ingrid Thulin, Max von Sydow. „Absolute Meisterschaft in der Schauspielerführung“ — Godard. Schwarz/Weiß, Normalformat.

belanglos — STUDIO — 9. 6. — 16. 6.

FIRST LOVE von Maximilian Schell. Ailzuschöne Liebesromanze eines pubertierenden Knaben ohne Aussicht auf Erfüllung. Film von einem akzeptablen Schauspieler (Schell) und mit einem akzeptablen Regisseur (Johannes Schaaf: „Tatowierung“) in einer Nebenrolle. Man hätte tauschen sollen. — „Geschäckerlich, gelegentlich maniert“ (Film-echo/Filmwoche). Der Film ist für den Oscar nominiert. — Buch nach Turgenjew. Bild mit schönen Kostümen, Apfelblüten, Chopin-Musik und Reyno.

Redaktioneller Hinweis

Dieser Ratschlag für Kinogänger soll in Zukunft regelmäßig erscheinen. Titel, die für ein studentisches Publikum von sekundärem Interesse sind (Kolle, Mutzenbacher, Heintje & Co.) erscheinen in ihm nicht. Unsere Beurteilungen ziehen wir aus eigenen Kenntnissen der Filme und Regisseure, aus der Filmfachpresse und aus dem Werbematerial der Industrie.

Sonderposten Kofferschreibmaschinen (Fabrikerpackt) soeben eingetroffen

Olympia Monica DM??
Olympia SM 9 DM??



Einmaliger Werbepreis nur bis 31. 7. 71 und solange der Vorrat reicht.

Schreiben Sie bitte an Studenten-Einkauf, 3406 Bovenden.

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

trisper
BRILLEN Hagemann
Kleinstlinsen angenehm zu tragen unsichtbar · unzerbrechlich
SÜDRING 20

links

Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 24 Seiten Aktionsmodelle, Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Berichte aus der Linken international. „links“ ist illusionslos, undogmatisch — eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie. Einzelpreis DM 1.20 Bezugspreis, jährlich, DM 15.—, Probenummern bei Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 525.

Probenummer anfordern bei Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Willauer's English Blend ist reich an tabakischen Aromen: syrische, türkische, indische, portugiesische, spanische, französische, englische Mischungen.

ENGLISH BLEND

WELLAUER

ST. GALLEN • Deutsche Lizenz •

3.50 DM

GEW an der RUB

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat sich bereit erklärt, der finanzschwachen Bundesassistentenkonferenz (BAK) Domizil zu gewähren. Diese Entwicklung zeitigte jetzt auch erste Auswirkungen an der RUB. Nach mehrjährigem Dornröschenschlaf unter der Leitung von Hans-Martin Saß fand vor kurzem eine erste gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Es wurde ein aktives Mitwirken der Hochschulgruppe auf der Seite der progressiven Hochschulangehörigen beschlossen.

Die Mitglieder des neu gewählten Vorstandes: die Assistenten Willy Wyniger, Hans Kaiser, Jürgen Link sowie die Studenten Ulrich Schröder und Georg Kerski.

Was schenken?
geht zu
Karin's Boutique
Bochum, Kortumstraße 98
1000 Kinkerlitzchen
warten auf Euch!

Die Prüfung bei den Chemikern gefährdet

Die Universitätskommission für Lehre (UKL) hat in ihrer letzten Sitzung die Diplomprüfungsordnung der Chemiker abgelehnt, das UP hat sich diesem Beschluß angeschlossen. Grund für die Ablehnung war vor allem der enorme Prüfungsdruck (Prüfungen nach dem 2., 3. und 4. Semester) und das vollkommen verschulte Studium, das den Studierenden keinen Raum für eigene wissenschaftliche Arbeit läßt (s. auch BSZ Nr. 77 und 78).

Fachschaft gegen Ordnung

Die Fachschaft Chemie steht hinter den Beschlüssen der UKL und des UP. Anfangs hatte die Fachschaft die Diplomprüfungsordnung unterstützt, weil sie partielle Verbesserungen für die Chemiestudenten schaffte: so z. B. Verkürzung der Studienzeiten, die bei den Chemikern bisher übermäßig lang war, oder teilweise Verbesserung der Prüfungsbedingungen.

Der Kritik, die die Fachschaft in einigen Punkten trotzdem äußerte, begegneten die Professoren mit dem durchschlagenden Argument, die Prüfungsordnung müsse sich an die Vorschriften der „Allgemeinen Bestimmungen für Diplomprüfungsordnungen“ und der Rahmenordnung für Chemie halten. Die Fachschaft war noch nicht lange genug im Amt, um diese Taktik der Professoren zu durchschauen: die „Allgemeinen Bestimmungen“ sind von Rau ausdrücklich zurückgezogen worden, um „Experimente“ zu ermöglichen, und auch die Rahmenordnung gilt nicht.

Das jedoch wollen die Herren Professoren nicht zugeben, denn das hätte ihre wahren Intentionen entlarvt:

Durchsetzung einer Prüfungsordnung auch gegen den Widerstand der Studenten, die die Studenten in einen von den Professoren gelenkten und von oben bestimmten Studiengang, der den Studenten so gut wie keinen Raum für wissenschaftliche und forschungsbezogene Arbeit läßt, sondern sie, mit Fachwissen beladen, gebrauchsfertig und in jeder Richtung einsetzbar in untergeordnete Positionen in der Wirtschaft entläßt.

In Diskussionen mit dem AstA und Mitgliedern der UKL wurde der Fachschaft klar, daß die Prüfungsordnung ein Reglementierungsinstrument darstellte, das den staatlichen Vorstellungen von einer Hochschulreform exakt entspricht. In den Empfehlungen des Wissenschaftsrats ist denn auch nachzulesen, daß für die Chemie Kurzstudiengänge eingerichtet werden, damit der wirtschaftliche Bedarf an mittelmäßig ausgebildeten Chemikern für mittelmäßige Positionen (Verkauf, Werbung) gedeckt werden kann. Solche Kurzstudiengänge sind in der Diplomprüfungsordnung für Chemie bereits angelegt (wenn auch noch nicht praktiziert).

Aus diesen Gründen stellte sich die Fachschaft gegen die Prüfungsordnung. Sie erkannte, daß auch

Politisches UP?

„Diese Frage kann man nur politisch beantworten“ — auf diesem Standpunkt steht Robert Farle (Spartakus) und gibt auch gleich die Antwort: „Ob das UP rechtswidrig ist oder nicht, ist für unsere Arbeit in diesem UP völlig egal.“ Der Erkenntnis, daß das UP rechtswidrig ist, kann sich keiner verschließen; über die notwendige Reaktion auf diese Erkenntnis gibt es allerdings verschiedene Auffassungen.

Rechtswidrigkeit des UP soll vertuscht werden

Der Wahlprüfungsausschuß des UP, dessen Aufgabe es ist, die ordnungsgemäße Durchführung der UP-Wahlen zu kontrollieren, hat festgestellt:

- Die von Staatskommissar Saß erlassene Wahlordnung, nach der dieses UP gewählt worden ist, widerspricht in wesentlichen Teilen den Bestimmungen der RUB-Verfassung und ist somit rechtswidrig.
- Die Durchführung der Wahlen weist darüber hinaus so viele Verstöße gegen die Wahlordnung auf, daß allein aufgrund dieser Mängel die Wahl fast aller UP-Vertreter für ungültig erklärt werden muß.

Diese Tatsache läuft der Strategie der BSU-Spartakus-FHV-Verfechter des 6-Wochen-UP selbstverständlich zuwider. Diese Gruppen haben jedoch zuviel Prestige in die Frage dieses UP investiert, um jetzt zugeben zu können, daß sie auf den Staatskommissar hereingefallen sind — wovon der AstA gewarnt hatte — und ihm nicht von einem politisch und rechtlich unannehmlichen UP aus nachträglich eine politische Abfuhr erteilen können. (Das hat die studentische Fraktion auch gar nicht erst versucht.)

Das Eingeständnis einer politischen Fehlentscheidung in der Frage des 6-Wochen-UP kommt daher für Spartakus und FHV nicht in Frage. Deshalb soll der vernichtende Bericht des Wahlprüfungsausschusses hinausgezögert werden — möglichst bis zum Ablauf der sowieso sehr kurz bemessenen Amtszeit dieses UP.

Die assistentische UP-Fraktion unterstützt erstaunlicherweise die-

se Verschleierungstaktik. Die Motivation der Assistenten ist dabei unklar, weil auch die Assistenten politische Bedenken gegen das 6-Wochen-UP hatten. Der Assistentenrat hatte sich nur deshalb dem Boykottaufruf des AstA nicht angeschlossen, weil er eine solche Politik in der Assistentenschaft nicht vermitteln zu können glaubte. Es dürfte jedoch nicht schwierig sein, der Mehrheit der Assistentenschaft klarzumachen, daß ein rechtswidriges UP für die Assistenten auch politisch keine Relevanz hat.

Wir müssen jedenfalls damit rechnen, daß das UP — in der Gewissheit seiner eigenen Unrechtmäßigkeit — seine Zeit „absitzen“ wird. Die praktische wie politische Relevanz der UP-Arbeit ist bei dieser Konstellation allerdings gleich Null.

Gerade deshalb ist die Zähigkeit von Bedeutung, mit der die BSU-Spartakus-FHV-Vertreter an ihren UP-Sitzen kleben.

Falsche Prioritäten

Die Entscheidung dieser Gruppen für die Arbeit in einem rechtswidrigen und politisch fragwürdigen UP beweist eine eindeutige politische Prioritätensetzung: BSU, Spartakus und FHV messen der Institution UP mehr Gewicht bei als der Arbeit in der verfaßten Studentenschaft (ASTA, Fachschaften, Projektbereiche etc.) und halten an diesem Prinzip selbst jetzt noch fest, wo die objektiven Bedingungen für die versprochene „Ausnutzung“ des UP im Interesse von Assistenten und Studenten vollends verschwunden sind und auch die Voraussetzungen für eine politische Arbeit im UP im Sinne des Aktionskonzepts fehlen.

Ein solches Verhalten ist nicht einmal mehr mit euphorischem Optimismus zu erklären. Spartakus und FHV werden es schwer haben, diese Politik an die UP-Wähler zu vermitteln. Es ist eindeutig, daß diese Gruppen keine Perspektive außer der Gremienarbeit haben — und auch diese Perspektive ist, wie die UP-Praxis der Genossen zeigt, keine politische, sondern eine gremienimmanente. Arbeit an der studentischen Basis ist der Gremienarbeit untergeordnet, für das UP gaben Spartakus und FHV sogar den AstA auf. Farle sagte es ganz deutlich: „Wenn wir das UP aufgeben, heißt das, die Hände in den Schoß legen!“

Spartakus und FHV haben vor den UP-Wahlen den Anspruch erhoben, dort politisch arbeiten zu wollen. Das haben sie nicht getan, das werden sie auch nicht mehr tun. Sie haben sich in den von der Uni-Bürokratie vorgegebenen Arbeitsrahmen des UP eingepaßt und gebärden sich konstruktiv.

Politische Arbeit in diesem UP zu leisten, ist den beiden Gruppen auch von ihrem ideologischen Ansatz her nicht möglich. Denn das UP für den politischen Kampf zu instrumentieren, heißt den Stellenwert der UP-Arbeit im Kampf der Studenten für die Durchsetzung ihrer Interessen richtig einzuordnen. Das UP ist im Rahmen dieses Kampfes dann sinnvoll, wenn es ihn weitertreibt.

Für eine solche Funktion des UP fehlen jedoch im Falle dieses 6-Wochen-UP die politischen Voraussetzungen und Bedingungen (s. auch Aktionskonzept), und Spartakus und FHV sind objektiv nicht in der Lage, das UP zu einem Instrument des politischen Kampfes der Studenten zu machen.

Arbeit auf Zeit in Büro, Industrie und Technik!

Wir bieten Ihnen die Möglichkeit dazu. Sie können bei uns während des Studiums, in den Semesterferien, arbeiten. Bei uns finden Sie ein breites Betätigungsfeld mit interessanter und abwechslungsreicher Arbeit auf Zeit. Wir zahlen gut. Unsere Büros in Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg und Essen geben Ihnen jederzeit Auskunft. Wir haben den Draht zur Industrie. Rufen Sie uns doch mal an.

Bochum, Untere Marktstr. 4, Tel. 60206
Dortmund, Friedhof 8, Tel. 527328
Düsseldorf, Berliner Allee 4, Tel. 358021
Duisburg, Münzstr. 19, Tel. 26686
Essen, Lindenallee 68, Tel. 235291

adia
interim

Kanzler Seel provoziert Unfälle

Ein Baustellen-LKW zerfetzte Montagabend vor MA einen Studenten-VW, der die Vorfahrt offensichtlich nicht richtig beachtet hat — die beiden Insassen des VW wurden schwer verletzt.

Trifft hier den VW-Fahrer die alleinige Schuld???

Der LKW hatte vor der Kreuzung nur das Richtzeichen „Vorfahrt“ (nur Hinweis zur Erleichterung des Verkehrs nach der neuen StVO; es berechnete den LKW somit nicht, ohne Rücksicht auf den VW in die Kreuzung einzufahren, in der der Querverkehr (der PKWs) viel zahlreicher ist als der vortahrsberechtigten LKW-Verkehr).

Uni-Kanzler Seel, der für die Verkehrsregelung verantwortlich ist, erließ lediglich für die Nordseite der Kreuzung eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h. Von dieser Seite her ist die Kreuzung für die LKWs jedoch sowieso gut einzusehen.

Der Unfall kam jedoch aus der Richtung der G-Gebäude. Von hier aus kann die Kreuzung nur schlecht eingesehen werden — dennoch ist gerade hier keine Geschwindigkeitsbegrenzung für LKW vorgesehen. LKW, die aus der Forum-Baustelle kommen, haben genau 100 m ebener Straße zur Beschleunigung, ehe sie „blind“, jedoch vortahrsberechtigt, in die Kreuzung einfahren. Da viele LKW-Fahrer im Akkord arbeiten, fahren sie hier schneller, als es zulässig wäre. Der Kanzler hat hier grob fahrlässig seine Verkehrsregelungspflicht verletzt, indem er nichts gegen die LKW-Rennbahn unternahm! Aber Krankenhausberechnungen scheinen ihm billiger zu sein, als Ampelanlagen o. ä.



Gespräch zweigleisig

In der letzten BSZ hat Renate Zimmermann-Eisel die Probleme derjenigen Studenten angerissen, die noch bei „Mutter“ wohnen. Dabei charakterisierte sie durch eine rationale Betrachtung der auftretenden Konflikte Hintergrund und Ausprägung der Abhängigkeit, die auf der Wohngemeinschaft mit den Eltern beruht. Es ist allerdings auch wichtig, gerade von der emotionalen Seite her deutlich werden zu lassen, daß die beschissene Situation nicht eine einzelne, atypische, sondern eine bei vielen anderen „Zu-Hause“-Wohnern vorliegende ist. Durch die Erkenntnis, daß auch gefühlsmäßig eine breitgestreute Parallelität der Probleme vorliegt, wird es leichter, fremde Lösungsansätze zu übernehmen.

Na, wie war's denn?
Himmelherrgott, was die wieder fragen! Dieses ständige Kontrolliert-Werden, auch wenn es nicht so gemeint ist, kotzt einen langsam an!
Ooch, nichts Besonderes.
Warst Du heute im Seminar?
Soll ich jetzt erzählen, daß ich Baden war? Nee, lieber nicht, besser so.
Ja, aber es war nichts Wichtiges.
Bist Du morgen zum Mittagessen zu Hause?
Verdammt noch mal, weiß ich doch nicht; kommt darauf an, wen ich in der Cafeteria treffe.
Weiß ich noch nicht!
Wie bitte, Du wirst doch wohl sagen können, ob Du zu Mittag zu Hause bist?
O Gott! Lieber den Weg des geringeren Widerstandes.
Nein! Ich hab da, glaub ich, 'ne Vorlesung; ich esse in der Mensa!
Komm nicht so spät nach Hause!
Was geht denn die das an?!
Weiß noch nicht!
Auf jeden Fall meldest Du Dich noch mal, wenn Du nach Hause kommst!
Begrüßen die nicht, daß ich mal erwachsen werden will?!
Hast Du heute warm gegessen?

Wenn ich jetzt sage, wie's wirklich war, regen die sich bloß auf.
Ja.
War es auch genug?
Nein, ich bin schon vor Hunger gestorben! Sind die eigentlich doof?
Ja, natürlich!
Bist Du auch wirklich satt?
Es gibt eine Form penetranter Besorgnis!
Ja, hab ich doch schon gesagt!
Stell Dir vor, die Frau Meier von nebenan...
Ach Gott, wieder diese alte Platte; wenn die wüßten, wie so total uninteressant das ist!
Stimmt es eigentlich, daß Du am Mittwochabend mit Ulla hier warst, wo wir weg waren?
Vorsicht! Es geht los!
Und wenn schon, was geht Euch das eigentlich an?!
Was fällt Dir eigentlich ein, schließlich sind wir Deine Eltern!
Was fällt denen eigentlich ein? Sind die irgendwie was Besonderes, weil sie meine Eltern sind? Hab ich mir die ausgesucht?! Bin ich nicht nur Produkt ihrer Lust?! Was ist das Metaphysische an Elternschaft?!
Also, wie war das am Mittwoch?
Also gut:
Ja, wir waren hier!

Achtung! Wer kennt das BAFöG-Info der NRW-Asten noch nicht?!
Besonders wichtig für Honnef-Empfänger!
Erhältlich beim AstA in Baracke 1, Zimmer 17.

Junge, wir wissen ja, daß wir uns in jeder Hinsicht auf Dich verlassen können! Aber stell Dir doch mal vor... Jetzt kommt die verständnisvolle Tour. „Sind ja auch mal jung gewesen.“ Scheiß — repressive Toleranz!
Aber Du mußt verstehen, Du kennst ja den Kuppelparagrafen... Na ja, in gewisser Hinsicht zwingt der Staat sie zu dieser Spießigkeit.
Also, wenn das noch mal vorkommt...
Aha, die Maske ist gefallen; bin also doch nicht „verlässlich“.
Übrigens, um 7 ist Abendessen!
Dieser eingerastete Tageslauf! Merken die eigentlich nicht, daß sie über mich herrschen, mich immer noch nach ihren Vorstellungen gestalten wollen?! Wie soll ich da jemals fundiertes Selbstbewußtsein entwickeln?! Eins ist klar: ich fühle mich dabei beschissen! Andauernd: dies Aufpassen, nichts Falsches zu sagen, dies langweilige Geschwätz! Am Wochenende hocke ich denen den ganzen Tag auf der Pelle! Hoffentlich hat Ulla da Zeit, daß wir weg können.
Sag mal, wolltest Du nicht bei Professor X einen Schein machen? Keine Lust, dieses Semester. Der erzählt da sowieso bloß Blödsinn. Aber für die erzählt ein Professor eine definitione keinen Blödsinn: Ist dummerweise 'n Pflichtschein. Ist aber eigentlich verständlich, daß die Scheine sehen wollen, solange die mich mitfinanzieren müssen. „Eigene Bezahlung der Ausbildung als vornehme staatsbürgerliche

Pflicht.“ Bei den Rechten haperts dann. Aber wenn ich mit Ulla die zwei Wochenenden wegfahre, mal sehen, wie ich denen das bebiege, habe ich keine Zeit für den Schein. Ja, aber es sieht nicht so gut aus. Den schafft sowieso kaum einer beim ersten Male!
Gut. Aber sich zu, daß Du so schnell wie möglich...
Finanzielle Unabhängigkeit forever! Warum bringt die „Reform“ namens Ausbildungsförderungsgesetz eigentlich keine familienunabhängige Förderung, obwohl sogar die westdeutsche Rektorenkonferenz dafür war? Da scheint System drin zu liegen! Die Familienhierarchie als Übung zur gesamtgesellschaftlichen Hierarchie! Emanzipation for never!
Stellst Du uns Ulla mal vor?
Jetzt ist Schwiegertochterbeschau dran! Na ja, Gut, daß ich wenigstens Ulla habe!
Mal sehen, sie hat ziemlich viel zu tun!
Bring sie doch mal mit; wir möchten so gern an Deinem Leben teilhaben...
Richtig erkannt! Bloß, daß ich das nicht will! Dieses ständige In-Abhängigkeit-gehalten-werden hindert mich daran, mich zu emanzipieren, mich ohne Zwänge mit mir eins zu fühlen, mich nicht schizoid verhalten zu müssen! Was gehen dabei für nervliche Kräfte drauf, nutzlos vergeudet. Die einzige Konsequenz: weg von zu Hause, möglichst finanziell unabhängig!

Der Treffpunkt für in- u. ausländische Studenten
im

•PUNKT•

Bochum, Hans-Böckler-Str. 26 • Telefon 1 46 32

Täglich von 14.00 Uhr mittags bis 1.00 Uhr
nachts geöffnet / Normale Preise

Abt. SoWi:

Dekan belügt Minister und Rektor

Nachdem der „Wohlfahrtsausschuß“ der Fachschaft SoWi einige geheime Dokumente zugeleitet hat, ist nun endgültig erkenntlich geworden, daß die Landwehrmann-Berufung nur Teil eines klug ausgetüftelten Planes der Papalekasclique darstellt, der das Ziel hat, den Papalekas hörigen Schülern Pankoke, Lipp und Landwehrmann einen Ordinariatsstuhl zuzuschustern.

Während Pankoke schon vor seiner Habilitation in Mainz eine Lehrstuhlvertretung zugesichert hatte und der Privatunternehmer Landwehrmann auf unlegale Art und Weise die Vertretung des Jaeggi-Lehrstuhls in Bochum bekam, versucht nun Lipp bei Papalekas-Intimus Gehlen in Aachen seine verunglückte Habilitation nachzuholen. Da der für Landwehrmann geplante Soziologie IV-Lehrstuhl erst 1973 geschaffen wird, sollte er eben bis 1973 den Methodenlehrstuhl einnehmen. Um dieses Ziel zu verwirklichen waren der reaktionären Papalekasclique alle Mittel recht.

Das gesamte Spiel war genau geplant und ist mit Akribie ausgetüftelt worden.

Im Auftrag und im Namen der „engeren Fakultät“ der Abt. VIII, schrieb Dekan Herder-Dorneich am 10. 2. 71 je einen Brief an den Minister für Wissenschaft und Forschung und an den Rektor der Uni, die den Willen der Fakultät zum Ausdruck bringen sollten, Landwehrmann um jeden Preis in Bochum zu halten, um eben dahingehend zu manipulieren, Landwehrmann auch mit „Opfern“ auf den Methodenlehrstuhl berufen zu können.

Die Professoren der engeren Fakultät haben den Dekan nie dazu ermächtigt, diese Briefe an Rektor und Minister zu schreiben.

Der Dekan Herder-Dorneich hat sich unter dem Namen der Fakultät in unverschämter Weise einer schweren Amtspflichtverletzung und Amtsanmaßung schuldig gemacht, indem er mit dem Vorsatz der Täuschung diese Briefe verfaßte, um Rektor und Minister beeinflussen zu wollen. So hieß es in dem Brief an den Rektor: „... Ferner darf ich Sie bitten, die Unterstützung des Senats in dieser Angelegenheit zu erwirken. Die Fakultät (!) ist der Ansicht, daß aus den genannten Gründen alles unternommen werden müßte, um den Weggang von Professor Landwehrmann zu verhindern. Sie ist bereit, entsprechende Initiativen und auch nötigenfalls Opfer in Kauf zu nehmen, damit die H3-Stelle, die Herr Landwehrmann gegenwärtig innehat, in einer H4-Stelle umgewandelt werden kann.“

Und in dem Brief an den Minister steht: „Im Namen der engeren Fakultät... Wir sind überzeugt, daß Sie, sehr verehrter Herr Minister... Ihre Unterstützung nicht versagen werden.“

Wer die „engere Fakultät“ der Abt. VIII ist, war uns eigentlich schon immer klar: die Reaktionäre Landwehrmann, Herder-Dorneich

und Papalekas, welcher in der Abt. SoWi den Ton angibt. Diese ehrenwerten Männer haben die Briefe aufgesetzt, ohne das Wissen der restlichen Fakultät.

Der ganze Schwindel ist nun aber aufgeklügelt, nachdem die geheimen Dokumente zugänglich wurden. Der Fachschaftsrat SoWi brach te sofort zum Fall Landwehrmann eine Dokumentation unter dem Titel „Streng vertraulich“ heraus. (Dieses Dokument ist beim Fachschaftsverband erhältlich). Erst durch dieses Papier erfuhren die hintergangenen Professoren von den Briefen.

„Streng vertraulich“ enthält eine Analyse von Landwehrmann's „wissenschaftlicher“ Arbeit, das Gutachten von Papalekas zur Habilitationsschrift seines Muster-schülers (welcher laut Papa „seine Thesen recht bescheiden und schlicht vorträgt“), die geheimen Briefe an Rektor und Minister, sowie Abschriften der Originalprotokolle von Berufungs- und Fakultätssitzungen. Es ist jetzt auch beweisbar, daß Protokolle falsch angefertigt und verfälscht werden.

Von der Beratungssitzung im Restaurant Lottental am 14. 4., wo die Papalekasclique die übrige Fakultät geschickt und schnell überführte, indem sie sie mit dem Druckmittel eines Rufes von Landwehrmann nach Mainz zu den bereits vorgefaßten Beschlüssen zustimmen ließ, wurde nachher in unverschämterweise ein Protokoll von einer „außerordentlichen Fakultätssitzung“ verbreitet.

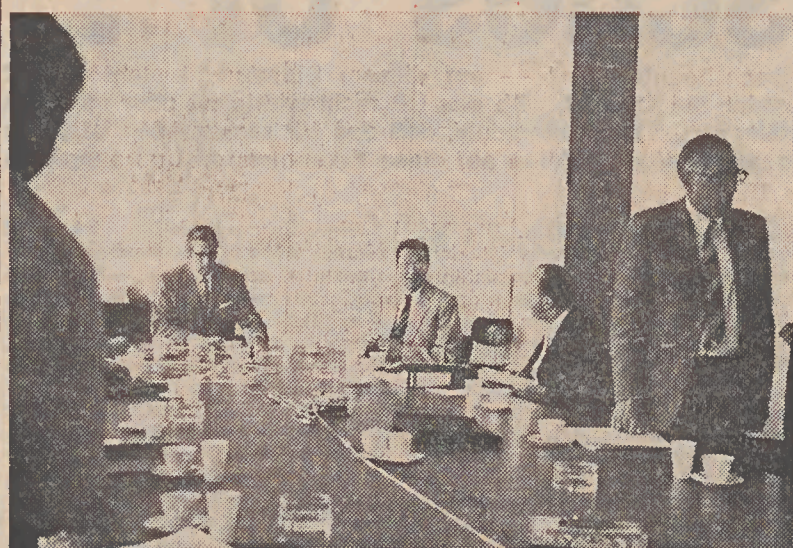
Zu einer solchen war aber nicht eingeladen worden. Ganz sicher war der Ruf nach Mainz in das Spiel mit eingeplant, bedenke man doch die guten Beziehungen von Papalekas nach Mainz. Landwehrmann betreibt im Ruhrgebiet ein gut florierendes Privatunternehmen (übrigens stehen ihm dafür auch Räume der Uni zur Verfügung und karrieristische Studenten als HIWIS gibts immer) und hat nie daran gedacht, nach Mainz zu gehen.

Nach diesen erneuten aufgedeckten Schweinereien der Reaktionäre und Handlanger der Industrie in der Abteilung Sozialwissenschaft ist das Maß nun endgültig voll!

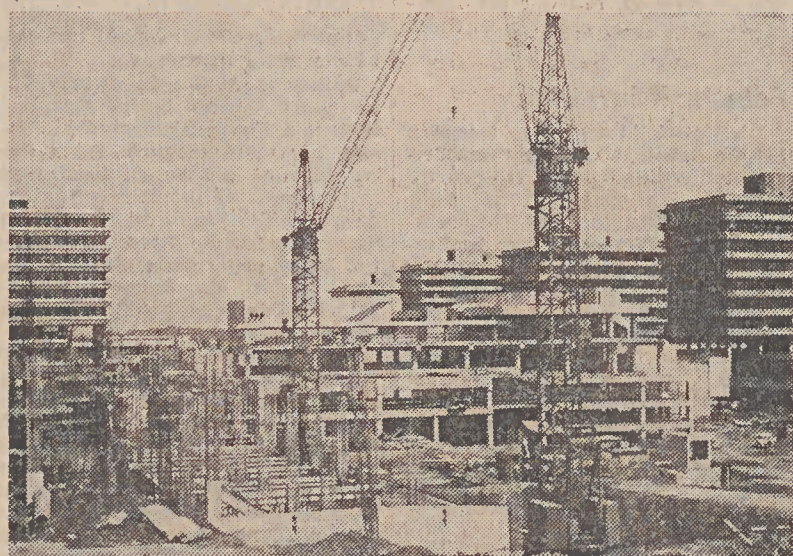
Der solidarische Kampf aller Studenten wird nicht eher ruhen, bis wir diese Reaktionäre, an ihrer Spitze Papalekas, an unserer Abteilung ausgeschaltet haben.

Zur Bekämpfung von Papalekas und seiner Clique sind alle Mittel recht und das kann nur ein Kampf gegen die bürgerliche Ideologie an der Abteilung Sozialwissenschaft sein. b. a.

Ruhr-Uni-Sommer:



Die Professoren arbeiten ...



die Arbeiter werken ...



nur die Studenten tun nichts ...



außer sich zu besaufen!

RESOLUTION

Der Assistenten-Vollversammlung zur Personalstrukturreform

Die Assistentenschaft der RUB hat in ihrem Streik vom 5. 5. — 19. 5. 1970 ihren Willen bekundet, sich keine Personalstruktur im Sinne der Zielvorstellungen der KMK aufzwingen zu lassen. Sie hat ihrerseits konkrete alternative Forderungen zu einer Reform der Personalstruktur formuliert und der Öffentlichkeit bekanntgemacht. Insbesondere die vom Ministerium vorgelegten Thesen beweisen, daß die Landesregierung eine Änderung der Personalstruktur sogar unter weiterer Verschlechterung der Bestimmungen im Hochschulrahmengesetz durchsetzen will. Das würde bedeuten, daß die für die Assistenten unannehmbaren Zielvorstellungen der KMK trotz gegenteiliger Versprechungen seitens des zuständigen Ministeriums durchgesetzt werden sollen.

Die Vollversammlung sieht in den Vorschlägen zur Personalstrukturreform nur einen Teil des Versuchs, die im Kern antidemokratische Hochschulformierung zu realisieren. Sie beauftragt den Vorstand der Assistentenschaft, im Bündnis mit allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften innerhalb und außerhalb der Hochschulen den Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz und seine Wegbereiter in den Landesregierungen, gegen die sich formierenden reaktionären Kräfte — wie den Bund Freiheit der Wissenschaft — und gegen die Unterwerfung der Hochschulen unter die Kapitalinteressen intensiver fortzuführen.

Die Vollversammlung begrüßt daher das von den Vorständen der Studentenschaft und Assistentenschaft gemeinsam erarbeitete Aktionskonzept und betrachtet es als ersten Schritt zu einem solchen Bündnis.

CAFÉ „ZÜRICH“

anders, lebendig, modern, aktuell,
international, anregend.

Permanente Kunst-Galerie

Für Kaffee-Kenner Café Cappuccino,

Café Pflümli, Café Pharisäer

(gegenüber Propstei-Kirche am Kuhhirtenplatz)

An alle Studierenden in den G-Gebäuden — Richtigstellung!

auch einer weltzeitung wie der BSZ kann es passieren, daß sie falsch informiert wird. darum folgende richtigstellung: wenn ihr die stühle aus den cafeterien nach draußen setzt, stellt sie bitte AUF KEINEN FALL auf den kiesbelag, da es sonst in die hörsäle etc. tropft. also, stellt die stühle ruhig raus, nur NICHT AUF DEN KIESBELAG. klar?

Elektronische Orgeln

Ein Klangreichtum
den man erleben muß.
Über 20 verschiedene
Modelle am Lager.

Eigener Fachservice



BOCHUM • KORTUMSTRASSE 93

SHORT — STORY robert's dream

robert f. war heil in warschau angekommen, und müde ging er schlafen. im traum stand plötzlich walter ulbricht vor ihm und rief: „polnische miliz schlägt volksaufstand nieder!“ unruhig wälzte sich kpi-mitglied robert f. hin und her. kossygin kam und rief: „polnisches militär schlägt volksaufstand nieder!“ schließlich kamen lenin und rainer barzel arm in arm, verwundet und totenbleich kreischten sie: „die miliz schlägt unsern volksaufstand nieder!!!“

da wachté robert f. schweißgebadet auf. er hörte geschrei und schüsse auf den straßen. da ging er zum fenster.

diese story wollen wir in der nächsten bsz fortsetzen. wer die beste fortsetzung macht — die dann auch gedruckt wird — kriegt zehn mark. werke bitte an die BSZ — Bochum — Lennershofstraße 60, einsenden!

Studentische Literatur
**KUNST
&
BÜCHER
SCHEUNE**
Lennershofstraße
hinter der ASIA-Baracke

KLATSCH IST QUATSCH

mit einer gegenstimme und einer enthaltung wurde innerhalb der bsz-redaktion ein antrag abgelehnt, die bsz künftig in „der große betrug“ (so heißt das ausbildungs-förderungsinfo) umzutauften. den redakteuren schien das neue kürzel zu gewagt: DGB.

Wie uns eine Kommilitonin, deren Name hier mal lieber unerwähnt bleiben soll, mitteilte, trägt robert farle unterwäsche, die mit hammer und sichel über und über bestickt ist; anton v. magnis unterwäsche sei hingegen nur schwarz-rot-golden eingesäumt.

die tiermedizinische fakultät an der rub hat festgestellt, daß die lebenserwartung von ratten, die 5 jahre lang regelmäßig mit mensa-kost gefüttert worden sind, um durchschnittlich 50 prozent gesunken ist.

der bsu ist immer noch keine antwort auf die shb-kritik am contra-punkt eingefallen.

das erste teilstück des botanischen gartens der rub ist dem öffentlichen verkehr preisgegeben; ein bsz redakteur entdeckte bei seinem ersten rundgang gar wunderliche pflanzen:

armleuchteralgen (chara spectacula b.s.u.)
schleimpilze (leocarpus senatus fragilis)
eiselhut (aconitum napellus)
blutwurz (potentilla laszlo erectus)
mimosengewächse (mimosa magnis up pudica) und nachtschattengewächse (atropa asta belladonna) zu deutsch: tollkirsche.
und der wind heulte in den zweigen des SASSafras...

Fertilitätshemmung beim Manne

Männl. mögl. verh. Probanden
z. klin. Erprobung v. fertilitätshemmenden Injektionspräparat
ges. Wöchentl. 1 Injektion.
Unkostennerst.
Dr. Mauß,
Tel. Essen 79 91 25 81
Mo. — Fr. 14.00 — 17.00

BSZ

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (Renate Zimmermann-Eisel, Rainer Stollmann, Manfred Buhl.)
Redaktion: Reinhard Greeven, Axel Jost.
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)
Auflage: 10 000 Exemplare
Anzeigenleitung: Erich Eisel
Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 66, Telefon 70 18 55

FOTO NIGGEMEYER

Das vielseitige Fachgeschäft für die Amateur- und Berufsfotografie

463 Bochum - Luisenstraße 12-14 - Borgmannstraße 2
Telefon (0 23 21) 1 60 84 - Telex 8 25 709

FOTO- UND FILMFREUNDE

werden von uns aufmerksam betreut

Club Liberitas

BOCHUM - NORDRING 65 - TELEFON 1 67 35

		Nicht- mitgl.	Stud.
Fr 11. 6. 71	BERND KÖPPEN QUARTETT		
20.00 Uhr	Free Jazz	4,—	2,50
Sa 12. 6. 71	AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG		
20.00 Uhr	IM SPEKTRUM: ERICH LETHGAU	frei	frei
Sa 12. 6. 71	QUASIMODO		
20.00 Uhr	Pop Jazz	4,—	2,50
Fr 18. 6. 71	REINBERT EVERS		
20.00 Uhr	Klassische Gitarrenmusik	3,—	2,—
Sa 19. 6. 71	Seatown Seven New Orleans Jazzband		
20.00 Uhr	Hot Jazz der 20er Jahre	4,—	2,50

Mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr KOSTENLOSE BERATUNG
FÜR WEHRUNWILLIGE
Der Club Liberitas ist täglich ab 19.00 Uhr für jedermann geöffnet.
Öffnungszeiten der Galerie SPEKTRUM: täglich von 15.00 bis 19.00 Uhr.